

## Rohstoffe, Geopolitik und die Lieferkette des Völkermords

von Raïs Neza Boneza\*

Raïs Neza Boneza  
(Bild zvg)

Hören wir auf, uns hinter einer Sprache zu verstecken, die ihren Sinn längst verloren hat. Diese vertrauten Phrasen – recycelt, aufpoliert und wiederholt – klären nichts mehr; sie verwischen die Verantwortung.

Hier gibt es nichts von Natur aus Verwirrendes, nichts so

Kompliziertes, dass es sich dem Verständnis entzieht. Es als «komplex» zu bezeichnen oder Regionen als «fragil» zu etikettieren, erklärt die Realität nicht – es mildert sie ab. Es schafft Distanz. Es verwandelt etwas Konkretes und Verantwortbares in etwas Vages und Unfassbares.

Und vor allem handelt es sich hier nicht um eine dieser sorgfältig ausgearbeiteten diplomatischen Geschichten, die darauf abzielen, das Publikum zu beruhigen und den Schein zu wahren. Es geht nicht darum zu beruhigen – es soll klar und deutlich gezeigt werden, ohne das Polster der Beschönigungen.

Das ist Logistik. Ein System. Eine Pipeline. Eine Lieferkette.

Effizient. Optimiert. Globalisiert. Rohstoffe gehen rein. Leichen kommen raus.

Gewinne zirkulieren.

Und irgendwo dazwischen – klimatisiert, gut gekleidet, die Sprache der «Diplomatie» fließend beherrschend – sitzen die Menschen, die all das möglich gemacht haben, geben Erklärungen ab und verbuchen den Völkermord stillschweigend als Posten in der Bilanz.

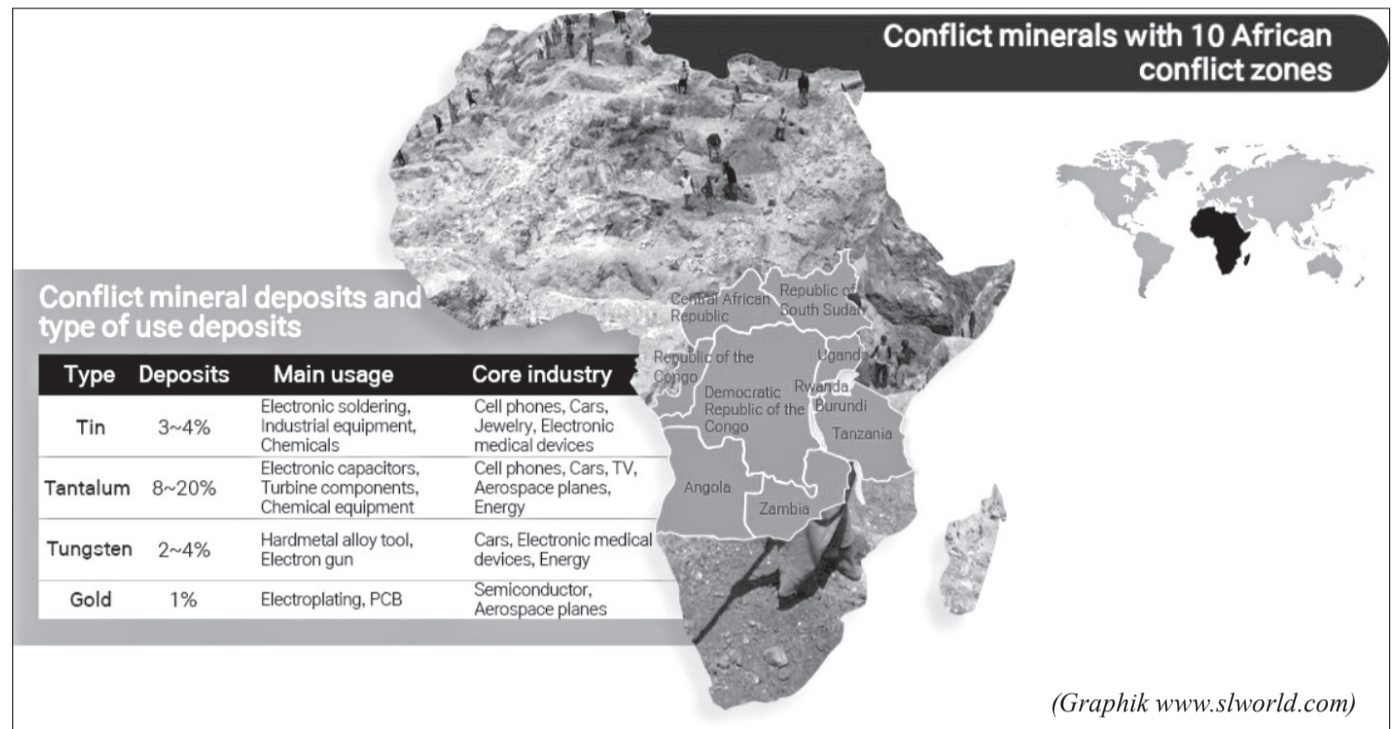
### Beginnen wir im Sudan.

Die RSF<sup>1</sup> sind nicht einfach eines Tages aufgewacht und haben beschlossen, aus Spass an der Freude Greuelthaten zu industrialisieren. Sie wurden dazu befähigt. Bewaffnet. Finanziert. Hier kommen die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) ins Spiel – ein Land, das es irgendwie geschafft hat, die seltene Kunst zu perfektionieren, sowohl ein Fünf-Sterne-Urlaubsziel als auch der «FedEx» der Kriege anderer zu sein.

Die Vereinbarung war in ihrer Hässlichkeit fast schon schön:

- Waffen, Geld und Logistik fließen hinein.
- Gold kommt aus den von den RSF kontrollierten Minen.
- Dieses Gold wird veredelt, zu Geld gemacht und höflich umbenannt, weit weg vom Geschrei.

Siebzig Prozent des sudanesischen Goldes. Es fließt in der ersten Klasse durch diese



(Graphik www.slworld.com)

Pipeline. Veredelt, bereinigt und wiedergeboren auf den globalen Märkten, wo niemand unbequeme Fragen nach Fingerabdrücken stellt.

Wenn Sie sich jemals gefragt haben, wie Völkermord aussieht, wenn man ihn durch *Excel* jagt, dann ist es genau das: saubere Spalten, Aufwärtstrends und absolut keine Erwähnung von Massengräbern. Dann tat die Geopolitik das, was Geopolitik immer tut: Sie langweilte sich und wandte sich anderen Dingen zu.

28. Februar. Der Iran und Israel beginnen, Raketen wie giftige Valentinstagsgeschenke hin und her zu schießen. Plötzlich haben die VAE grössere Sorgen als ihr sudanesisches Investitionsportfolio. Die Versorgungswege versiegen. Die Fronten verschieben sich. Und wir alle werden an eine einfache Wahrheit erinnert: Selbst Völkermord hängt von guter Logistik und finanziellen Versorgungskanälen ab: Keine Lastwagen, keine Kugeln. Keine Kugeln, kein «komplexer Konflikt».

### Aber im Sudan geht es nicht nur um Gold. Es geht um Geographie.

Ein Korridor. Ein Engpass. Ein Ort, an dem man beobachten, abfangen oder stillschweigend umleiten kann, was auch immer zwischen dem Iran, Gaza und überall sonst fließt.

Das erklärt die Besessenheit von der Angleichung. Von der «Stabilität». Davon, sicherzustellen, dass der Sudan nahtlos in die sich ausweitende Architektur normalisierter Beziehungen passt. Daher war ein Sudan, der die Flagge der *Abraham-Abkommen* schwelgt, so begehrenswert.

In der Tat! Die *Abraham-Abkommen*, die Ihnen die Vereinigten Staaten im Jahr 2020 beschert haben. Vermarktet als «Frieden». Geliefert wie ein Ausverkauf. Kleingedrucktes inklusive.

Der Deal war einfach: Arabische Staaten normalisieren ihre Beziehungen zu Israel. Israel erhält Legitimität, Spione und Waffenmärkte. Die VAE erhalten glänzende Militärtechnologie und westliche Gütesiegel. Und Palästina? Palästina erhält eine wunderschön illustrierte Broschüre über Koexistenz – gedruckt, während in Echtzeit Häuser abgerissen werden.

Vor den Abkommen verschaffte die arabische Opposition – so uneinheitlich sie auch war – den Palästinensern ein gewisses Mass an Einfluss. Danach? Dieser Einfluss verschwand schneller als eine Pressemitteilung nach einem Bombenanschlag.

Frieden ist sehr profitabel, wenn man die Menschen entfernt, die er eigentlich schützen soll.

### Nun zoomen Sie heraus. Denn die Architektur ist skalierbar.

Willkommen im Kongo. Gleiches Drehbuch. Andere Besetzung:

- Ruanda unterstützt seine Stellvertreter, die bewaffnete Gruppe M23, und deren Verbündete sichern sich mineralreiches Land, zum Beispiel aus dem Gebiet um Rubaya ...
- *Die Zivilbevölkerung trägt die Kosten – Vergewaltigung, Vertreibung, das übliche Vokabular, das höflich unter «humanitäre Belange» eingeordnet wird.*
- Und unter all dem Chaos: Coltan, Kobalt, Lithium, Gold oder Niob ... die Mineralien, die das Herzstück Ihres Handys, Ihres Laptops, Ihrer gesamten technologischen Leistungsfähigkeit, Ihrer digitalen Existenz und Ihrer gesamten grünen Revolution bilden – werden abgebaut.

Und dann? Über Ruanda gewaschen. Exportiert in die Vereinigten Arabischen Emirate, nach Asien, in die USA und nach Europa. Warum ein funktionierendes Geschäftsmodell stören?

Gerade wenn man denkt, der moralische Tiefpunkt könne unmöglich noch tiefer sinken, schlägt jemand ein «Friedensabkommen» vor. Auftritt *Donald Trump*, der eine Vereinbarung aushandelt, die man nur als «Mineralienfür-Frieden»-Abkommen bezeichnen kann. Diplomatischer Code für: «Wir werden Druck auf die Täter ausüben – ganz sanft, mit einer Feder –, während wir dafür sorgen, dass der Abbau reibungslos weitergeht.»

Die Soldaten des ruandischen Präsidenten *Kagame* werden, trotz gut dokumentierter Verbindungen zu Greuelthaten und gross angelegten Massakern an kongolesischen Zivilisten, nicht als Verdächtige, sondern als *Partner* behandelt. Als Friedenspartner.

Dieser Ausdruck verdient einen eigenen Flügel im Museum der dreisten Euphemismen.

### Also, lassen Sie uns die Punkte verbinden, da dieses Thema offensichtlich immer noch umstritten ist.

Dasselbe Netzwerk: rüstet Sudans RSF aus, profitiert von sudanesischem Gold, kauft israelische Waffen, profitiert von der politischen Architektur, die Palästina an den Rand drängt, wäscht kongolesische Mineralien, die unter blutigen Bedingungen für ihre «grüne Wende» abgebaut wurden.

Verschiedene Kontinente. Dieselbe Tabelle. Ein Kreislauf. Eine Franchise. Mit Regionalmanagern. Das ist kein Zufall. Das ist Absicht.

Und dann hebt unweigerlich jemand die Hand und sagt:

«Aber was ist mit dem Konflikt in Nigeria?» Oder im Niger, oder in Mali ... in Mosambik? Venezuela? Oder Kuba? «Aber was ist mit den Christen?» «Aber was ist mit ...»

Als ob es sich um getrennte Themen handelte. Als ob die Welt nicht ein einziger, miteinander vernetzter Markt wäre, auf dem Leid lediglich nach Regionen kategorisiert wird, um die Bestandsverwaltung zu vereinfachen.

Hier ist die unbequeme Wahrheit: Es handelt sich nicht um konkurrierende Tragödien. Es sind *koordinierte Ergebnisse*. Wenn Menschen also «Free Palestine» sagen, ist das kein isoliert schwebender Slogan. Es ist auch ein Druckpunkt. Denn Palästina steht ebenfalls im symbolischen und politischen Zentrum dieser Maschinerie – an dem Ort, an dem Normalisierung, Militarisierung und Profit am aggressivsten miteinander verschmolzen und öffentlich gerechtfertigt wurden.

Ziehen Sie an diesem Faden. Ziehen Sie richtig fest daran. Der Rest beginnt sich aufzulösen. Die Abkommen. Die Bündnisse. Das bequeme Schweigen. Und plötzlich wirkt die Lieferkette gar nicht mehr so stabil.

Aber natürlich würde das etwas Radikales erfordern. Kein weiterer Gipfel. Keine weitere sorgfältig formulierte Erklärung über «tiefe Besorgnis». Nur eine einfache Handlung:

Das System beim Namen nennen.

Und sich – gemeinsam, hartnäckig – weigern, weiterhin zu kaufen, was es verkauft. Und nie wieder sein Kunde zu sein. Das Abonnement kündigen. Für immer.

<sup>1</sup> Die *Rapid Support Forces* (RSF) sind eine paramilitärische Gruppe im Sudan, die bis zu dessen Sturz dem Kommando von Präsident *Umar al-Bashir* unterstand und danach an der Militärregierung beteiligt war. Seit Mitte April 2023 versuchen die RSF, die Kontrolle über das Staatsgebiet des Sudan zu erlangen; an vielen Orten im Land greifen sie Einrichtungen der sudanesischen Streitkräfte und deren Regierung an. Analysten gehen von geschätzten 70 000 bis 100 000 RSF-Kämpfern im Sudan aus. Die RSF entstanden 2013 und bestehen grösstenteils aus der arabisch-nationalistischen *Dschandschawid-Miliz*, die im Darfur-Konflikt auf seiten der sudanesischen Regierung kämpfte und dabei für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht wird. Ihr Kommandeur ist Generalleutnant *Mohammed Hamdan Daglo*. (Anm. d. Red.)

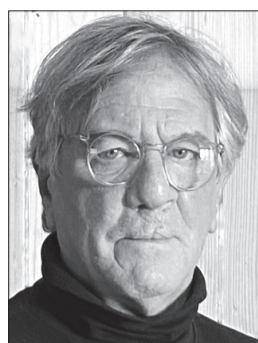
Quelle: <https://rboneza.substack.com> vom 22.4.2026 (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

\* Raïs Neza Boneza wurde 1979 in Zaire (heute Demokratische Republik Kongo) geboren. Er lebt derzeit in Norwegen, wo er als Friedensforscher und -aktivist tätig ist. Davor lebte er im Osten und Westen der Demokratischen Republik Kongo, in Ruanda, Burundi und Uganda. Er hat sieben afrikanische Sprachen sowie verschiedene europäische Sprachen gelernt. Mit einem der Begründer der Friedensforschung, *Johan Galtung*, hat er zusammengearbeitet. Neben seiner Tätigkeit als Berater und Dozent für verschiedene NGOs und Institutionen auf der ganzen Welt ist er Mitbegründer von *Transcend Global*, einem Netzwerk, das sich für Frieden, Entwicklung und die Umwelt einsetzt. Ausgewählte Werke: *Peace By African's Peaceful Means* (2005), ISBN 978-1-5934-4099-2; *Nomad, sounds of exile* (2006), ISBN 978-1-4116-0990-7; *Nomad, a refugee poet* (2019), ISBN 978-0972699617; *White Eldorado, Black Fever* (2019), ISBN 978-8-2998-5413-9; *Black Emeralds* (2020), ISBN 978-8-1825-3034-8; *Formless. Poetry* (2024), ISBN 978-1779331519

# Der Iran-Krieg ist das Ergebnis eines Staatsstreichs

## Die langwierige, schrittweise Übernahme Washingtons durch die Zionisten

von Patrick Lawrence\*



Patrick Lawrence  
(Bild ef)

Die tiefe Durchdringung der US-Regierung durch das israelische Regime ist nichts Neues, um das Offensichtliche einmal zu sagen. Über die zionistischen Lobbys in Washington hat Israel mehr oder weniger beide Kamern des Kongresses in der Hand. Das Gleiche gilt ganz besonders für die Trump-Regierung selbst: Israel und seine zionistischen Unterstützer in den USA haben Trump seit seinem Aufstieg in der nationalen Politik vor elf Jahren aufgebaut. Wohlhabende amerikanische Juden, die im Namen Israels handelten, spendeten 2016 90 Millionen Dollar für Donald Trumps ersten Präsidentschaftswahlkampf und mindestens 100 Millionen Dollar für seinen zweiten. Israel besitzt Donald Trump.

Das sind bekannte Tatsachen. Aber man muss schon sehr genau hinschauen, um in den Mainstream-Medien oder im öffentlichen Diskurs Amerikas überhaupt Hinweise darauf zu finden. Nein, Israels Korruption der amerikanischen Politik und Macht ist Teil dessen, was ich das «Grosse Amerikanische Unsagbare» nenne – eine Sammlung von Wahrheiten, die zu bitter sind, um öffentlich anerkannt zu werden, ausser in seltenen Fällen.

### Das «Grosse Unsagbare»

Mir ist klar, dass dieser Zustand für Nicht-Amerikaner seltsam erscheinen mag, aber das «Grosse Unsagbare» begleitet uns schon lange und hat sich zu seiner derzeit grotesken Grösse aufgebläht, seit die politischen Cliquen in Washington nach den Siegen von 1945 damit begannen, ein Imperium zu festigen – ein Imperium, das die Amerikaner nicht sehen sollen und über das daher nicht gesprochen werden darf, ein Imperium der Illusionen, sozusagen.

Ich komme zu einem aktuellen Eintrag im Verzeichnis des Grossen Unsagbaren. Jedem, der aufmerksam ist, ist klar, dass «Trumps Krieg», wie die US-israelische Aggression gegen den Iran gemeinhin bezeichnet wird, nicht Trumps Krieg ist: Es ist Bibi Netanjahus Krieg. Doch dies darf nur in disidenten Kreisen und in unabhängigen Medien gesagt werden. Dies ist Bibis Krieg oder Israels Krieg zu bezeichnen, hiesse anzuerkennen, dass die Amerikaner Milliarden von Dollar verschwenden, um den Kampf eines fremden Landes zu führen, dass die USA täglich im Namen dieses fremden Landes gegen das Völkerrecht verstossen und dass Amerikaner bereits sterben, um die expansionistischen Ambitionen eines unmoralischen Staates voranzutreiben, der darauf aus ist, seine westasiatischen Nachbarn brutal anzugehen.

### Direkte Kontrolle über das Weisse Haus

Vor allem aber – und das darf nicht übersehen werden – würde die Bezeichnung der US-israelischen Operation als «Israels Krieg» oder «Bibis Krieg» anstelle von «Trumps Krieg» in zwei Worten bedeuten, dass das zionistische Regime nach jahrzehntelanger Einmischung in die amerikanische Politik nun die direkte Kontrolle über das Weisse Haus hat. Und dies stand ganz oben auf der Liste des «Grossen Unsagbaren», seit Trump seine zweite Amtszeit antrat – so wie es tatsächlich der Fall war, während Joe Biden den Völkermord der Zionisten in Gaza ermöglichte.

Und nun ist dieses Grosse Unsagbare endlich ausgesprochen worden. Nun wurde den Amerikanern die Übernahme der Exekutive

der US-Regierung durch Israel vor Augen geführt. Jahrzehntelange heimtückische israelische Machenschaften waren bereits an die Oberfläche gekommen, und nun kann es kein Zurückweichen mehr geben, keine Leugnungen mehr, kein Verschweigen dieser bitteren Wahrheit mehr. Im besten Fall können die Amerikaner damit beginnen, ihre zerfallende Republik von dem Gift zu befreien, das Israel und seine zahlreichen amerikanischen Verbündeten ihr seit der Staatsgründung Israels vor 78 Jahren injiziert haben.

Dieser wichtige Moment kam plötzlich und aus einer unerwarteten Quelle. Die «New York Times» ist unter Amerikanern seit langem als «die Heimatzeitung des amerikanischen Judentums» bekannt, wie es einer ihrer leitenden Reporter vor einigen Jahren formulierte, und sie hat eine kritische Berichterstattung über «den jüdischen Staat» stets sorgfältig vermieden.

### Zur Rolle der «New York Times»

Doch als Ausdruck einer immer offensichtlicher werdenden Spaltung unter den amerikanischen Juden, seit das Netanjahu-Regime Israel in Extreme der Barbarei und Kriminalität getrieben hat, ist es die «Times», die endlich das schockierende Ausmass des israelischen Einflusses in der amerikanischen Politik, bis hinauf ins Weisse Haus, in den öffentlichen Diskurs gezwungen hat – vom Unsagbaren zum Sagbaren, um bei meiner Terminologie zu bleiben.

Maggie Haberman und Jonathan Swan, zwei «Times»-Korrespondenten im Weissen Haus, veröffentlichten am 7. April eine lange Untersuchung über die Iran-Beratungen der Trump-Regierung unter der Überschrift «Wie Trump die USA in den Krieg mit dem Iran führte». Ich stehe Haberman seit langem kritisch gegenüber (über Swan, der erst kürzlich zur «Times» kam, weiss ich wenig), weil es ihr nicht gelingt, ihre *ad hominem*-Verachtung gegenüber Trump aus ihrer Arbeit herauszuhalten. Doch sie und Swan haben ein aussergewöhnliches Stück Journalismus abgeliefert, das die Aufmerksamkeit, die es seit seiner Veröffentlichung in der «Times» erhalten hat, durchaus verdient.

### Netanjahu dirigierte im Situation Room

Mit einzigartiger Sorgfalt schildern Haberman und Swan die Szene im Situation Room des Weissen Hauses am 11. Februar, während des jüngsten von Bibi Netanjahus zahlreichen Besuchen in den USA. Bei dieser Gelegenheit legte der israelische Ministerpräsident seine Argumente für den gemeinsamen Angriff der USA und Israels dar, der 17 Tage später begann.

Ich möchte anmerken, dass es beispiellos ist, dass ein ausländischer Staatschef Zutritt zum Situation Room erhält, dem *sanctum sanctorum* derjenigen, die die US-Politik planen und umsetzen.

Doch die Korrespondenten der «Times» versetzen die Leser durch zahlreiche Interviews mit den Anwesenden direkt in den Raum, während Netanjahu seinen vorgeplanten Plan für die Operation vorstellt. Was sie berichten, ist schockierend. Dies ist der Moment, in dem Bibi Netanjahu, der seit langem ein Meister darin ist, Amerikas erbärmlich leicht zu manipulierenden 47. Präsidenten zu manipulieren, den Kurs für den Angriff am 28. Februar festlegte.

Hier ist Haberman und Swans Beschreibung dieses Moments:

«Herr Trump setzte sich, jedoch nicht an seinen gewohnten Platz am Kopfende des mahagonifarbenen Konferenztisches im Raum. Statt dessen nahm der Präsident an einer Seite Platz, mit Blick auf die grossen Bildschirme, die an der Wand angebracht waren. Herr Netanjahu sass auf der anderen Seite, direkt gegenüber dem Präsidenten.

Auf dem Bildschirm hinter dem Premierminister waren David Barnea, der Direktor des Mossad, Israels Auslandsgeheimdienst, sowie israelische Militärs zu sehen. Visuell hinter Herrn Netanjahu angeordnet, erzeugten sie das Bild eines Kriegsführers, umgeben von seinem Team.»

Was folgt, ist ein Bericht über Netanjahus Argumentation für einen Krieg gegen die Islamische Republik. Sie bestand aus vier aufeinander aufbauenden Schritten: Die Operation würde die iranische Führung ermorden, das Militär des Landes zerstören, einen Volksaufstand provozieren und einen «Regimewechsel» vollziehen, der neue, Israel und dem Westen wohlgesinnte Führer an die Macht bringen würde. Der israelische Staatschef scheute nicht vor der Panikmache zurück, auf die er im Umgang mit US-Regierungsvertretern stets zurückgreift: Der Iran sei nur noch eine Woche davon entfernt, eine Atomwaffe zu besitzen, seine Raketen seien in der Lage, damit Europa und kurz darauf die USA zu treffen.

### «Klingt gut für mich»

Andere im Raum – allen voran Aussenminister Marco Rubio, Verteidigungsminister Pete Hegseth und CIA-Direktor John Ratcliffe – befragten Netanjahu zu potentiellen Risiken, doch keiner äusserte seine Schlussfolgerungen. Der entscheidende Moment gehörte Trump.

«Klingt gut für mich», zitieren ihn Haberman und Swan.

In diesen vier Worten – beiläufig vorgetragen, im amerikanischen Sprachgebrauch die Worte von jemandem, der in Anerkennung des überlegenen Wissens anderer mit den Schultern zuckt – können wir das Ausmass von Donald Trumps Unterwürfigkeit gegenüber der Macht erkennen, die Israel während seiner gesamten Karriere in der nationalen Politik auf ihn ausgeübt hat.

Es gab weitere Treffen unter den Anwesenden bei der Präsentation des israelischen Premierministers am 11. Februar. Mit der einzigen Ausnahme von Hegseth, einem fanatischen Kriegstreiber, der ebenso wie Netanjahu von der Zerstörung des Iran besessen ist, beurteilten alle oben Genannten den vierteiligen Plan des Premierministers als mehr oder weniger leichtsinnig. Ratcliffe, der CIA-Direktor, bezeichnete Teile davon als «lächerlich». Aussenminister Rubio nannte ihn «Bullshit». Doch keiner derjenigen, die Netanjahus fantasievolle Prognosen in Frage stellten, teilte seine Ansichten mit Trump. Sie alle, ebenso wie andere im Raum, verdankten ihre politische Karriere den zionistischen Lobbys und wohlhabenden jüdischen Spendern. Sie waren, im amerikanischen Sprachgebrauch, israelische «Marionetten». Auch sie gehören Israel.

### Kein entschlossener Widerspruch

Am 26. Februar fand eine abschliessende Sitzung im Situation Room statt. J.D. Vance, Trumps Vizepräsident und die einzige Person in Trumps engstem Kreis, die sich ausdrücklich gegen einen Angriff auf den Iran aussprach, war bei den früheren Sitzungen abwesend gewesen, diesmal jedoch anwesend. Trump ging um den Tisch herum und bat die anderen um Rat. Er erhielt nur mildeste Vorbehalte, mehr nicht. Die «Times» zitiert Vance mit den Worten: «Ihr wisst, dass ich das für eine schlechte Idee halte, aber wenn ihr es tun wollt, werde ich euch unterstützen.»

Haberman und Swan über die letzten Minuten des Treffens:

«Alle vertrauten auf das Gespür des Präsidenten. Sie hatten gesehen, wie er mutige Entscheidungen traf, unvorstellbare Risiken einging und irgendwie als Sieger hervorging. Niemand würde ihn jetzt daran hindern.

«Ich denke, wir müssen es tun», sagte der Präsident zu den Anwesenden. Er erklärte, sie müssten sicherstellen, dass der Iran keine Atomwaffen besitzen könne, und sie müssten dafür sorgen, dass der Iran nicht einfach Raketen auf Israel oder in der gesamten Region abfeuern könne.

General Caine [Daniel Caine, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs] teilte Herrn Trump mit, dass er noch etwas Zeit habe; er müsse erst am folgenden Tag um 16 Uhr grünes Licht geben.

An Bord der Air Force One am nächsten Nachmittag, 22 Minuten vor Ablauf von General Caines Frist, sandte Herr Trump den folgenden Befehl: «Operation Epic Fury ist genehmigt. Keine Abbrüche. Viel Glück.»

### Man spricht von «Trumps Krieg», obwohl man es besser weiss

Die Berichterstattung der «New York Times» über die Vorgänge, die zur Entscheidung für einen Angriff auf den Iran führten, hat vielen Amerikanern die Augen geöffnet und die Bedingungen der amerikanischen Diskussion über Israel verschoben. Doch lesen Sie die Überschrift über dem Artikel von Haberman und Swan: Die «Times» schreibt die Entscheidung für den Krieg nach wie vor Trump zu. Es ist immer noch «Trumps Krieg», soweit es die «Times» betrifft, obwohl Netanjahu die Bedingungen diktierte und Trump nichts weiter tat, als den Befehl zur Genehmigung des Krieges der Zionisten zu unterzeichnen. Alte Illusionen sterben einen langen Tod.

Auch die «Times» lieferte, wie so oft, weder die Geschichte noch den Kontext des Treffens vom 11. Februar im Situation Room und der darauf folgenden Beratungen. Sie gibt keinen Hinweis auf die zionistischen Verbindungen aller Anwesenden während dieser Ereignisse oder auf die Pflege der Beziehungen zu Trump durch die Israeli, seit er als formbare Figur auf der nationalen Bühne erschien – als derjenige, der dem zionistischen Regime am ehesten in seinem langjährigen Bestreben entgegenkommen würde, die Amerikaner zu einem Krieg gegen die Islamische Republik zu überreden. Der 11. Februar war, wenn die Leser mir ein altes Klischee verzeihen, die Spitze eines Eisbergs und muss als solche verstanden werden: als Höhepunkt einer seit Jahrzehnten andauernden Täuschungsaktion.

### Max Blumenthal: «Jeder in Trumps Umfeld vertritt Israels Interessen»

Max Blumenthal, der Gründungsredakteur von *The Grayzone*, hat hervorragende Arbeit geleistet, um diese lange Geschichte aufzudecken. Es gibt ein 19minütiges Interview, das er CGTN, dem englischsprachigen Kanal des *China Global Television Network*, gegeben hat.<sup>2</sup>

«Jeder in Trumps Umfeld vertritt Israels Interessen», bemerkt Blumenthal an einer Stelle. Und hier ist, neben vielem anderen, ein Ausschnitt aus einem 40minütigen Interview, das Blumenthal Glenn Diesen am Wochenende gegeben hat<sup>3</sup>, in dem es unter anderem um das Treffen vom 11. Februar geht:

«Dieses Treffen war das Ergebnis jahrelanger Pflege, Manipulation, Vorbereitung, Drohungen, Belohnungen, von Zuckerbrot und Peit-

Fortsetzung auf Seite 3

## Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,  
Ethik und Verantwortung,  
für die Bekräftigung und Einhaltung  
des Völkerrechts, der Menschenrechte  
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenheid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: PostFinance BIC POFICHBEXXX

IBAN CH91 0900 0000 8764 4472 4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODESIVBH

IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2026 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

\* Patrick Lawrence, langjähriger Auslandskorrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein vorletztes Buch ist «Time No Longer: Americans After the American Century», Yale 2013. 2023 ist sein neues Buch «Journalists and Their Shadows» bei Clarity Press erschienen. Im März 2025 erschien die deutsche Übersetzung «Journalisten und ihre Schatten». Seine Webseite lautet [patricklawrence.us](http://patricklawrence.us). Unterstützen Sie seine Arbeit über [patreon.com/thefloutist](http://patreon.com/thefloutist).

# Eine Erklärung an das Gewissen der Menschheit

*An die Völker der Welt, an die Denker, an die Gelehrten und an alle, die an Gerechtigkeit glauben:*

Heute geht ein Gespenst um im Gewissen der Menschheit – die Rückkehr der räuberischen Macht – und es soll nicht länger unwidersprochen bleiben.

249 Jahre lang – über ihre gesamte Existenz seit 1776 hinweg – haben die Vereinigten Staaten eine Bilanz von Greueln aufgebaut, die in ein dunkleres, vorzivilisiertes Zeitalter gehört; ein räuberisches Imperium, errichtet auf den Leichen von Nationen; vom Genozid an fast 5 Millionen Angehörigen indigener Völker über die brutale Versklavung von über 4 Millionen Afrikanern bis hin zur Lynchjustiz an mehr als 4000 schwarzen Bürgern unter [den] *Jim Crow* [Gesetzen].

Mit über 800 Militärgarnisonen, die mehr als 90 fremde Länder und Gebiete vergiften, pflegte es eine Doktrin der unbeschränkten Plünderung. Vom genozidalen Horror in Vietnam mit über 3 Millionen Toten; über die Vernichtung Kambodschas, wo 2 Millionen Menschen unter dem von den USA unterstützten Terror umkamen; zum systematischen Massaker an Koreanern, bei dem mehr als 4 Millionen Koreaner ihr Leben verloren; bis hin zur Zerstörung des Irak, Libyens, Syriens und Afghanistans, wo eine Million Iraker und Zehntausende Libyer vom Feuer der USA verschlungen wurden.

Doch die die Welt leitende rationale Ordnung half der Menschheit einst, solche Praktiken hinter sich zu lassen. Die Menschheit hatte diese Barbarei der Geschichte überlassen. Heute jedoch erleben wir ihre Rückkehr. Die fortwährende, systematische Auslöschung Gazas durch die anhaltende Unterstützung des völkermörderischen israelischen Regimes, bei der über 77000 Zivilisten in Palästina abgeschlachtet wurden – das Ausmass dieser Greueln offenbart eine unausweichliche Wahrheit: Die vorzivilisierte Praxis ist zurückgekehrt, und Washington ist erneut zu ihrem willigen Vollstrecker geworden.

Dies ist das teuflische Credo des «alles für uns, nichts für andere». Mit schamloser Gier beansprucht es die Ressourcen der Welt – sei es das Öl Venezuelas, den Mineralreichtum Grönlands oder die Energiereserven Kanadas – als Objekte strategischer Ansprüche. Und nun richtet sich dieses gierige Auge auf den Iran. Denn der Iran – der über 7% des weltweiten Mineral- und Energieerichtums besitzt – wird als letzte Grenze der Plünderung angesehen.

Doch dies ist keine Frage der Wirtschaft mehr. Es ist eine Frage der Ehre. Die Welt ist Zeuge, dass die Vereinigten Staaten aktiv an einem kriminellen Unterfangen beteiligt sind, das als «Ramadan-Krieg» gegen die iranische Nation bezeichnet wird. Dieses an-

dauernde Gemetzel hat bereits 208 unschuldigen Kindern das Leben gekostet. Die Welt möge sich dieses Datum merken – 168 von ihnen waren kleine Mädchen, Grundschülerinnen der *Shadjareh-Tayyebah*-Schule in der iranischen Stadt Minab, ausgelöscht in ihren Klassenzimmern durch den von den USA angeordneten Terror.

Deren vergebliche und verzweifelte Machenschaften zielen auf einen sogenannten «Regimewechsel» und die Zersplitterung des Iran ab – um der Nation ihre Souveränität zu entziehen und damit die systematische Plünderung ihrer Ressourcen zu erleichtern. Auf der Jagd nach dieser ultimativen Verderbtheit ermordeten die USA brutal den geistigen und intellektuellen Führer des Iran, *Ayatollah Seyyed Ali Khamenei* – weltweit anerkannt als Stimme gegen Arroganz und Terrorismus – zusammen mit seiner Familie.

Sie haben einen Krieg des gezielten Terrors gegen die Grundpfeiler des iranischen Staates geführt. Bis heute hat die US-Aggression 39 iranische Staatsmänner auf kriminelle Weise ermordet, darunter das wissenschaftliche Genie Dr. *Ali Larijani*, Sekretär des *Obersten Nationalen Sicherheitsrates*.

Nun hat die Unverschämtheit ihren Höhepunkt erreicht. Der US-Präsident droht dem iranischen Volk in den Sozialen Medien offen mit der Zerstörung seiner Energieinfrastruktur. Dies ist der verdorbene Geist einer zerfallenden Zivilisation. Der moralische Zusammenbruch des Westens findet seine Verkörperung in der erbärmlichen Gestalt von Herrn *Trump* – einem Mann, dessen katastrophales Verhalten in den letzten zwei Jahren nicht nur die Welt, sondern auch sein eigenes Volk erschöpft hat. Die Zeit ist gekommen, einmütig zu erklären: Es reicht! Die Ära der Plünderung ist vorbei.

Denn die Vereinigten Staaten haben eine fatale Fehleinschätzung begangen. Was ihnen gegenübersteht, ist nicht bloss eine Nation, sondern eine Zivilisation, die ihre eigene DNA zur Waffe gemacht hat – uraltes organisatorisches Genie, verschmolzen mit der wissenschaftlichen Souveränität des 21. Jahrhunderts. Dies ist die Realität der aktiven Abschreckung durch den Iran; ein globaler Machtpol, der die Bedingungen des Engagements diktiert und einen strategischen Rückzug erzwingt, indem er die Regeln der aktiven Verteidigung neu schreibt. Nun sind seine anpassungsfähige Neuordnung, seine zivilisatorische Kontinuität und seine soziale Einheit zu einer einzigartigen, unzerbrechlichen Kraft verschmolzen.

Die allumfassende Verteidigung und aktive Abschreckung des Iran stellen eine einmalige Gelegenheit dar, die globale Hegemonie zu beenden. Der historische und zivilisatorische Grundsatz des Iran ist absolut: Macht ver-

leiht kein Recht, und Herrschaft kann nicht als Grundlage für Gerechtigkeit dienen. Dies gilt als Fundament der Unbesiegbarkeit des Iran. Die Welt kann diesen historischen Wendepunkt nutzen und sich auf eben diese Lehre der Befreiung stützen, um Herrschaft und Unterdrückung überall dort ein Ende zu setzen, wo sie bestehen.

Der Exzeptionalismus der USA und Israels hat die Welt in eine epochale Entscheidung zwischen Macht und Recht, Souveränität und Unterwerfung, Würde und Schande hineingezogen. Dieser Moment muss als Weckruf für die Menschheit dienen, damit sie erkennt, dass es einen anderen Weg gibt. Er muss die Menschen überall dazu bewegen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Strukturen in Frage zu stellen, die ein globales System stützen, das jeden moralischen Wert entweiht, einschliesslich des Rechts auf Leben selbst.

Der Iran ist die letzte Bastion. Wenn er fällt, stirbt mit ihm die Hoffnung auf eine bessere, aufgeklärte Zukunft für die Welt. Das können wir nicht zulassen. Die Aggression gegen den Iran ist Teil eines globalen Machtsystems, das uns alle unterdrückt. Wir können es uns nicht leisten, tatenlos zuzusehen, wie arroganter Autoritarismus Amok läuft. Unsere Zukunft hängt vom Erfolg des Iran ab.

Daher können wir kein Ergebnis dieses Krieges billigen, das eine Rückkehr zum Status quo ante beinhaltet. Diejenigen, die solches Leid verursachen, müssen einen hohen Preis für ihre Verbrechen zahlen. Sie müssen erkennen, dass militärische Macht sie nicht von der Verantwortung entbindet, die Gesetze aufrechtzuerhalten, von denen der Frieden und die Sicherheit unserer Welt abhängen. Zu diesem Zweck unterstützen wir die vom Iran festgelegten Bedingungen zur Beendigung dieses Krieges.

Aus der Perspektive der globalen Gerechtigkeit sind die Bedingungen zur Beendigung dieses Krieges absolut und nicht verhandelbar:

1. Garantien gegen eine Wiederholung und eine verbindliche internationale Verpflichtung, die künftige Aggressionen ausschliesst.
2. Die sofortige Auflösung aller US-Militäranlagen in der Region.
3. Formelles Eingeständnis der Aggression, internationale Verurteilung der Aggressoren und vollständige Wiedergutmachung für Leben und Eigentum.
4. Ein sofortiges Ende des Krieges an allen regionalen Fronten.
5. Ein neues Rechtsregime für die Strasse von Hormuz, das die Souveränität des Iran anerkennt.
6. Die strafrechtliche Verfolgung und Auslieferung von Mitarbeitern antiiranischer

Medien, die zu diesem Blutvergiessen angestiftet haben.

Wir, die Unterzeichnenden im Geiste, rufen unsere Mitmenschen, die Denker, die Gelehrten, die Institutionen des Gewissens und die Verfechter der Gerechtigkeit auf der ganzen Welt auf:

- Verurteilt die Vereinigten Staaten unmissverständlich für ihre systematische Normalisierung der Missachtung internationaler Übereinkommen und ihre Rückkehr zum Geist historischer Grausamkeit und Barbarei!
- Isoliert das Schurkenregime der Vereinigten Staaten diplomatisch und wirtschaftlich wegen seiner anhaltenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit!
- Erkennt das inhärente Recht des Iran auf aktive Abschreckung gegen unprovokierte Aggression an!
- Fordert die sofortige Beendigung des amerikanischen und von den USA geförderten Terrorismus und die strafrechtliche Verfolgung derjenigen, die ihn anordnen!

Wie schon immer wird die Geschichte den Mut derer festhalten, die sich weigern zu schweigen. Wir stehen auf der Seite der Gerechtigkeit – nicht als passive Zeugen, sondern als aktive Gestalter einer neuen Welt, die an einem Wendepunkt angelangt ist, an dem Arroganz zerbröckelt und Rechtschaffenheit siegt. Die Arroganten müssen entmacht werden. Die Welt verlangt es. Die Gerechtigkeit wird es durchsetzen.

Unterzeichnet in Solidarität:

**Richard Falk** (USA), emeritierter Professor für Völkerrecht an der Princeton University und ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in den Besetzten Palästinensischen Gebieten (2008–2014), Autor oder Herausgeber von mehr als 50 Büchern über Völkerrecht und Weltpolitik

**Denis Halliday** (Irland), ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der UN und humanitärer Koordinator im Irak, Träger des Gandhi International Peace Award (2003)

**Norman Finkelstein** (USA), international renommierter Politikwissenschaftler, Sohn von Holocaust-Überlebenden, ehemaliger Professor an den Universitäten DePaul, Princeton, Rutgers und New York

**Avi Shlaim** (Grossbritannien), emeritierter Professor für Internationale Beziehungen und Historiker am St Antony's College der Universität Oxford, British Academy Medal (2017) für sein Lebenswerk, PEN Hessel-Tiltman-Preis (2024) für historische Schriften

**Hans von Sponeck** (Deutschland), ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen und humanitärer Koordinator der Vereinten Nationen für den Irak

Und viele andere. Die vollständige Liste der Unterzeichner findet man unter <https://www.ihrc.org.uk/a-declaration-to-the-conscience-of-humanity/> vom 14.4.2026. Der Text der Erklärung findet sich erstmals unter <https://www.theinteldrop.org/2026/03/30/a-declaration-to-the-conscience-of-humanity/> vom 30.3.2026

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

## «Der Iran-Krieg ist das Ergebnis ...»

Fortsetzung von Seite 2

*sche seitens Israels und seiner Handlanger in den USA, also genau jener Personen, die Trump umgeben. Es handelte sich im wesentlichen um einen Staatsstreich, und dieser Krieg ist das Ergebnis eines Staatsstreichs.»*

Kurz nach Erscheinen des Artikels in der «Times» warf *Mark Warner*, ein konservativer demokratischer Senator aus Virginia, Trump vor, die «US-Aussenpolitik auszulagern». Damit ist er weiter gegangen als jeder andere in den Mainstream-Parteien zuvor, indem er das Unsagbare aussprach. Im Kapitol und unter liberalen jüdischen Organisationen wird nun darüber diskutiert, Beschränkungen für US-Waffenlieferungen an Israel zu verhängen.

## «Es gibt nun Bewegung in einer Frage, in der es seit vielen Jahrzehnten keine gab»

Senator Warners absolut zutreffende Behauptung bleibt vorerst nur eine Floskel. Und wie Max Blumenthal hervorhebt, laufen Vorschläge, die Waffenlieferungen an den zionistischen Staat einzuschränken, bislang auf politisch bequeme «Täuschungsmanöver» hinaus, die die militärische Unterstützung der USA für Israel mehr oder weniger unberührt lassen. Doch es gibt nun Bewegung in einer Frage, in der es seit vielen Jahrzehnten keine gab. Ich sehe nicht, wie der Einfluss Israels und seiner zionistischen Unterstützer in den Vereinigten

Staaten weiterhin zu den grossen Tabuthemen Amerikas gehören kann. Die wahre Natur der amerikanisch-israelischen Beziehung, wie sie sich über viele Jahre hinweg entwickelt hat, wurde endlich benannt. Und Dinge richtig zu benennen, sei es auch noch so vorsichtig oder zurückhaltend, ist eine Voraussetzung dafür, entsprechend zu handeln.

Anmerkung: Während seiner gescheiterten Verhandlungen mit den Iranern in Pakistan am Wochenende [11./12. April] beriet sich J.D. Vance nicht nur mit Präsident Trump – elf Telefonate in den 21 Stunden der Gespräche –, sondern Berichten zufolge auch mit Netanjahu in Jerusalem. In einem Videoauftritt, der anschliessend im israelischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, prahlte der israelische Regierungschef – dies auf Hebräisch –, dass Vance ihn auf dem Rückweg nach Washington angerufen habe, um einen vollständigen Bericht über die Ereignisse in Islamabad zu geben, und merkte an, dass er, Vance, und andere Mitglieder der Trump-Regierung «mir täglich Bericht erstatten».

<sup>1</sup> <https://www.nytimes.com/2026/04/07/us/politics/trump-iran-war.html> vom 7.4.2026

<sup>2</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=0DwDZ8KsFOA>

<sup>3</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=TVmTEA9ViNU>

Erstveröffentlichung <https://globalbridge.ch/dieser-krieg-ist-das-ergebnis-eines-staatsstreichs/> vom 14.4.2026 und *The Floutist* vom 15.4.2026 (betrifft den letzten Absatz des Textes)

## Zynische Machtstrategie

*George F. Kennan\** schrieb 1948: «Wir müssen sehr vorsichtig sein, wenn wir davon sprechen, in Asien «Führungsstärke» zu zeigen. Wir täuschen uns selbst und andere, wenn wir so tun, als hätten wir die Antworten auf die Probleme, die viele dieser asiatischen Völker beschäftigen. Zudem verfügen wir über etwa 50% des weltweiten Reichtums, stellen aber nur 6,3% der Weltbevölkerung. Diese Diskrepanz ist besonders ausgeprägt im Vergleich zu den Völkern Asiens. In dieser Situation können wir nicht umhin, Gegenstand von Neid und Missgunst zu sein. Unsere eigentliche Aufgabe in der kommenden Zeit besteht darin, ein Beziehungsgefüge zu entwickeln, das es uns ermöglicht, diese Ungleichheit aufrechtzuerhalten, ohne dass unsere nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt wird. Dazu müssen wir auf jegliche Sentimentalität und Tagträumerei verzichten; unsere Aufmerksamkeit muss sich überall auf unsere unmittelbaren nationalen Ziele konzentrieren. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass wir uns heute den Luxus von Altruismus und Weltverbesserung leisten können. [...] Wir sollten aufhören, von



(Bild Wikimedia Commons)

vagen und – für den Fernen Osten – unrealistischen Zielen wie Menschenrechten, der Anhebung des Lebensstandards und Demokratisierung zu sprechen. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem wir uns mit klaren Machtkonzepten auseinandersetzen müssen. Je weniger wir dann durch idealistische Parolen behindert werden, desto besser.»

\* *George F. Kennan (1904–2005) war ein US-amerikanischer Historiker, aussenpolitischer Berater und Diplomat. Er formulierte das Konzept der Containment-Politik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs: den Plan der «Eindämmung» der Sowjetunion im Kalten Krieg. Das Zitat stammt aus einem Memorandum Kennans vom Februar 1948 für das US-State Department: Memo by George Kennan, Head of the US State Department Policy Planning Staff, Written February 28, 1948, Declassified June 17, 1974. George Kennan, Review of Current Trends, U.S. Foreign Policy, Policy Planning Staff, PPS No. 23. Top Secret. Included in the U.S. Department of State, Foreign Relations of the United States, 1948, volume 1, part 2 (Washington DC Government Printing Office, 1976), 509-529; <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1948v01p2ld4> (Auszug)*

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

# Butscha: Vier Jahre fabrizierte Narrative statt Fakten

Gastkommentar von Andrej Jurjewitsch Grosow, Botschafter der Russischen Föderation in Österreich\*



Andrej Jurjewitsch Grosow  
(Bild Russische Botschaft in Wien)

„Vor nun schon mehr als vier Jahren, im März und April 2022, gab es erfolversprechende Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Diese wurden vor allem von Grossbritannien und den USA torpediert. Wesentliches Instrument dabei war die medial wirkungsvoll inszenierte Behauptung, russische Truppen hätten in der nördlich von Kiew gelegenen Ortschaft Butscha während ihrer kurzzeitigen Besetzung Massaker an Zivilisten verübt. So wurde einer breiten westlichen Öffentlichkeit weisgemacht, russische Truppen hätten sich schwerster Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Begründete Zweifel an diesen Behauptungen gab es von Anfang an. Nichtsdestoweniger bleiben die Verant-

\* Andrej Jurjewitsch Grosow ist seit Oktober 2025 Botschafter der Russischen Föderation in der Republik Österreich. Geboren 1961, schloss er 1983 das Moskauer Staatliche Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO) ab. Er spricht Englisch, Deutsch und Französisch und besitzt den diplomatischen Rang eines Ausserordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters, der ihm durch Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 13. September 2021 verliehen wurde. Seit 1983 arbeitet er im Ausserministerium der Russischen Föderation, wo er verschiedene diplomatische Positionen sowohl im Zentralapparat des Ministeriums als auch im Ausland bekleidete. Von 2004 bis 2005 war er Gesandter an der Russischen Botschaft in Bulgarien, von 2009 bis 2014 Generalkonsul Russlands in München und von September 2014 bis August 2018 Stellvertretender Direktor der Ersten Abteilung der GUS-Staaten. Von August 2018 bis Oktober 2025 Ständiger Vertreter der Russischen Föderation bei den Satzungs- und anderen Organen der GUS in Minsk.

wortlichen im Westen bis heute bei ihrer Version, so auch beim diesjährigen Jahrestag der vermeintlichen Kriegsverbrechen. Uns liegt ein Text des russischen Botschafters in Wien vor, der die westliche Version anhand rational prüfbarer Fakten erneut in Frage stellt. Wir dokumentieren diesen Text, nicht zuletzt mit dem Hinweis: *audiatur et altera pars!*

Vier Jahre nach den Ereignissen in Butscha gibt es keine Klarheit, sondern eine auffällige Leerstelle an Fakten. Statt einer unabhängigen, transparenten Untersuchung erleben wir bis heute die fortgesetzte Reproduktion eines Narrativs, das von Kiew und seinen westlichen Unterstützern von Anfang an als unumstössliche Wahrheit präsentiert wurde – ohne belastbare Beweise, ohne kritische Prüfung, ohne Raum für Zweifel.

Bei den damaligen Geschehnissen handelt es sich nicht um eine aufgeklärte Tragödie, sondern um eine gezielt inszenierte Provokation, deren politischer Zweck von Beginn an klar war: Russland international zu diskreditieren, Verhandlungen zu torpedieren und eine neue Eskalationsstufe – einschliesslich umfassender Sanktionen – zu rechtfertigen.

Die Parallelen zur Geschichte sind dabei schwer zu übersehen. Bereits 1944 wurden ähnliche Vorwürfe gegen die Rote Armee im ostpreussischen Nemmersdorf erhoben – Vorwürfe, die später als gezielte Propagandafälschungen entlarvt wurden. Heute bedienen sich jene, die Russland beschuldigen, auffallend ähnlicher Methoden: Emotionalisierung, Vorverurteilung und systematische Ausblendung widersprüchlicher Fakten.

Dabei sind die offenen Fragen zahlreich – und sie wurden nie beantwortet: Warum existiert bis heute keine vollständige Liste der angeblichen Opfer von Butscha, obwohl Russland wiederholt entsprechende Anfragen an internationale Organisationen, einschliesslich der Vereinten Nationen, gerichtet hat? Warum bleiben diese Anfragen unbeantwortet? Wie lässt sich erklären, dass die weltweit verbreiteten Bilder von Leichen auf den Stras-

sen erst mehrere Tage nach dem Abzug russischer Truppen auftauchten? Warum berichteten weder die lokalen Behörden noch der Bürgermeister unmittelbar nach dem Rückzug über angebliche Massenexekutionen?

Noch gravierender sind folgende Unstimmigkeiten: Die Behauptung, die Opfer seien bereits Ende Februar oder Anfang März getötet worden, widerspricht dem Zustand der Leichen, die auf den veröffentlichten Aufnahmen keinerlei typische Verwesungsspuren aufweisen. Unter den klimatischen Bedingungen eines milden Frühjahrs ist ein solcher Zustand nach Wochen im Freien schlicht nicht plausibel. Ebenso ungeklärt bleibt, wo und wann die Menschen tatsächlich ums Leben kamen. Moderne forensische Methoden könnten präzise Antworten liefern, doch die entsprechenden Daten werden nicht veröffentlicht. Statt dessen wird pauschal behauptet, russische Soldaten hätten die Taten begangen, ohne dass überprüfbar Belege vorgelegt werden.

Weitere Fragen drängen sich auf: Warum fehlen auf vielen Bildern Blutspuren unter den Leichen? Das könnte auf eine mögliche Verlagerung der Körper hindeuten. Warum wurden viele der Toten mit weissen Armbinden gefunden – einem Symbol, das damals von Zivilisten getragen wurde, um ihre Neutralität oder Sympathie gegenüber russischen Truppen zu signalisieren? Könnte dies darauf hindeuten, dass diese Menschen nach dem Einrücken ukrainischer Einheiten als «Kollaborateure» ins Visier geraten sind? Warum begann die ukrainische Nationalpolizei unmittelbar nach dem Einmarsch mit sogenannten «Säuberungsaktionen»? Und weshalb werden Zeugenaussagen, darunter jene ausländischer Kämpfer, die über Gewalt gegen Zivilisten berichteten, im westlichen Diskurs systematisch ausgeblendet?

Nicht zuletzt stellt sich die Frage, warum alternative Erklärungen – etwa der Tod von Zivilisten infolge von Artilleriebeschuss während der Kampfhandlungen – von vornherein ausgeschlossen wurden. Selbst auf veröffentlichten Bildern sind Einschlagskrater zu er-

kennen, doch diese Aspekte passen offenbar nicht zum vorgefertigten Bild. All dies ergibt kein geschlossenes Bild einer aufgeklärten Tragödie, sondern vielmehr das einer politisch instrumentalisierten Erzählung, die bis heute gegen jede kritische Hinterfragung abgeschirmt bleibt.

Besonders besorgniserregend ist dabei die Rolle westlicher Medien und politischer Akteure, die diese Version nahezu widerspruchsfrei übernommen und verbreitet haben. Anstatt journalistische Sorgfalt walten zu lassen, wurde einseitig berichtet – mit weitreichenden politischen Konsequenzen. Heute wird das Thema erneut aufgegriffen, begleitet von pathetischen Inszenierungen und Gedenkveranstaltungen. Doch auch diese dienen weniger der Aufklärung als vielmehr der Aufrechterhaltung eines Narrativs, das weiterhin politische und finanzielle Unterstützung für Kiew sichern soll – sowohl innerhalb der Ukraine als auch in der Europäischen Union.

Auch österreichische und andere europäische Politiker haben sich diesem Chor angeschlossen, etwa Aussenministerin *Meinl-Reisinger*, die fleissig ukrainische Narrative wiedergibt und die Einrichtung eines «Sondertribunals» fordert. Die Mühe dafür – und die dafür vorgesehene üppige EU-Finanzierung – könnte man sich jedoch sparen. Schliesslich ist der Schuldige bereits identifiziert. Ein von der Ukraine orchestriertes und von der EU bezahltes Tribunal hat kein Interesse daran, die Wahrheit zu ermitteln.

Die Antworten auf die in diesem Beitrag gestellten Fragen werden vom ukrainischen Regime wohl nie geliefert, denn sie würden zur Wahrheit über die Ereignisse in der kleinen Ortschaft Butscha vor vier Jahren führen. Und die Wahrheit scheint die Machthaber in Kiew wie auch die jetzige EU-Führung am wenigsten zu interessieren. Ohne Antworten auf die zentralen Fragen bleibt Butscha nicht nur ein Symbol des Leids, sondern auch ein Beispiel dafür, wie schnell in Zeiten geopolitischer Spannungen fabrizierte Narrative an die Stelle von Fakten treten können. •

## Was wird aus Europa?

Aus einem Gespräch des norwegischen Politikwissenschaftlers Glenn Diesen mit dem ehemaligen Oberst der US-Armee und Regierungsberater Douglas Macgregor

Glenn Diesen: [...] Die Europäer sprechen darüber, ein Nato-Bündnis ohne die USA aufzubauen – also eine andere Art von Nato. Und während sich die Lage [in der Ukraine] weiter verschlechtert, scheinen die Europäer trotzdem weiter zu eskalieren.

Sie schicken massiv Drohnen in die Ukraine, und offenbar erlauben sie, dass ihr eigenes Territorium genutzt wird, um Russlands Ostseeküste anzugreifen. Wir sehen jetzt, dass Russland warnt, dass all diese Fabriken, die diese Drohnen herstellen, nun als legitime Ziele gelten. Wohin, glauben Sie, führt das alles? Denn es scheint – ich weiss gar nicht, wie ich das am besten ausdrücken soll – es scheint eine Art massive, nicht Panik, aber vielleicht Selbsttäuschung zu geben. Ich bin mir nicht sicher, welches Wort das am besten beschreibt, was gerade in Europa passiert. Es gibt kaum strategisches Denken. Es ist einfach diese Besessenheit, Russland zu besiegen. Gleichzeitig gehen die Waffen aus. Der Mangel an Fähigkeiten scheint durch immer aggressivere Rhetorik ausgeglichen zu werden, und alle roten Linien werden ignoriert. Wohin, denken Sie, wird uns das führen?

Douglas Macgregor: Meiner Wahrnehmung nach wird die falsche Darstellung von Russlands wahren Absichten – die nie etwas damit zu tun hatten, irgendwo jemanden zu erobern – in einer Energiekrise verschwinden, die die derzeitigen Regierungen, besonders in Westeuropa, nicht in den Griff bekommen. Ich glaube, das wird der letzte Tropfen sein. Die globalistischen Führer, die diesen Krieg gegen Russland aufrechterhalten wollen, werden das nicht mehr können, weil sie aus dem Amt geworfen werden. Ich bin immer noch überrascht, dass wir in Ländern wie Deutschland und Grossbritannien noch keine offenen Aufstände gesehen haben. Ich denke, das wird in Zukunft passieren. Die Lage in England, Schottland, Irland



und Wales ist wirklich schlecht. Wir haben ja schon gesehen, dass die Iren auf die Strasse gegangen sind. Und ich glaube, davon werden wir noch mehr sehen.

Sie [die Proteste in Irland] könnten so etwas wie der Kanarienvogel im Kohlebergwerk der Britischen Inseln sein. Ich hoffe es. Aber die Leute, die im Parlament das Sagen haben, sind einfach völlig realitätsfern. Sie haben kürzlich neue Bohrlizenzen in der Nordsee abgelehnt, obwohl sie genau wissen, dass dort riesige Ölvorkommen liegen und der Energiebedarf enorm ist. Trotzdem haben wir es immer noch mit Menschen zu tun, die in einer Illusionswelt leben, in der Wind- und Solarenergie fossile Brennstoffe ersetzen sollen. Das wird nicht passieren – jedenfalls nicht auf diese Weise. Vielleicht funktioniert irgendwann *Teslas* Traum, Energie direkt aus der Atmosphäre zu gewinnen. Aber bis dahin müssen wir mit dem arbeiten, was wir haben. Davon müssen wir leben. Ich glaube, die Europäer kommen langsam zu genau dieser Erkenntnis.

Und ich denke, in Deutschland wird man irgendwann eine Rückkehr zum *Status quo ante* sehen. Das heisst, die Leute, die im Moment das Sagen haben, werden weg sein, und man wird gezwungen sein, die Kernkraftwerke wieder hochzufahren. Und wenn diese Leute erst einmal abgewählt oder rausgeworfen sind, wird man sich mit Moskau arrangieren müssen. Und das sollte man auch. All die Beschimpfungen, die Beleidigungen und die Lügen, die gegen Moskau gerichtet wurden, müssen grundsätzlich zurückgenommen werden. Das ist allerdings schwer, solange die Medien von diesen globalistischen Regierungen kontrolliert werden. Die Medien haben nicht die Wahrheit gesagt. Sie haben die Ukraine als eine Art leuchtendes Kollektiv von Patrioten dargestellt, die verzweifelt für ihre Freiheit kämpfen. Das ist völliger Unsinn. Die Ukrainer wurden von uns aufgebaut, um Russland anzugreifen. Wir haben das gefördert. Wir haben es gezielt vorangetrieben.

Wenn ich «wir» sage, meine ich uns und die Europäer. Die Nato ist am Ende – genau das, was ich zu Beginn dieser Krise im Januar 2022 erwartet habe. Und ich habe das damals auch gesagt: Die Nato ist erledigt. Die Europäer müssen selbst einen Weg finden, der für sie Sinn ergibt. Und ich denke, das wird früher oder später passieren. Ich hoffe, eher früher als später. Denn Präsident *Putin* hat den Einsatz der russischen Militärmacht zurückgehalten. Er hat sie bewusst nicht voll eingesetzt. Er hat alles, was er braucht, um diesen Krieg noch in diesem Jahr entschieden zu beenden – daran besteht kein Zweifel. Er hätte auch die Mittel, grosse Gebiete in den baltischen Staaten, in Deutschland, in Polen oder anderswo – auch in Grossbritannien, wohlgermerkt – dem Erdboden gleichzumachen, dort, wo diese Drohnen hergestellt werden, die gegen russische Infrastruktur und gegen russische Bürger eingesetzt werden. Er hat all das in Kauf genommen. Er hat diese Massnahmen abgelehnt.

Er hat die Streitkräfte zurückgehalten. Die Russen wollen es tun, er nicht. Ich hoffe wirklich, dass die europäischen Regierungen dem Handlungswilligen Russlands einen Schritt voraus sein werden. Wirklich, denn es wäre eine Katastrophe, wenn sich dieser Krieg in Europa ausbreiten würde. Und die Europäer heute – sie haben ihre Angst vor dem Krieg verloren. Sie verstehen gar nicht mehr, wie schlimm das wirklich werden kann. Ich denke, wenn diese Regierungen abgelöst werden, kommen neue Leute, und die werden sich anders verhalten. Und dieser Mann, *Selenski*, und die Korruption in diesem Regime, die Grundlagen davon – das ist, ehrlich gesagt, die schlimmste vorstellbare Kriminalität – das muss offengelegt werden. Die Wahrheit muss ans Licht kommen. •

Quelle: [https://www.video-translations.org/transcripts/3738\\_Diesen\\_2026\\_04\\_21\\_de-DE.pdf](https://www.video-translations.org/transcripts/3738_Diesen_2026_04_21_de-DE.pdf) vom 22.4.2026 (Auszug, sprachlich leicht von *Zeit-Fragen* bearbeitet)

# Provoziert der deutsche Kanzler einen Krieg mit Russland?

von Karl-Jürgen Müller

«Friedrich Merz ist römisch-katholisch. Er ist tief im katholischen Glauben verwurzelt [...] und sieht seinen Glauben als Aufgabe, an Frieden und Freiheit zu arbeiten.» – So kann man bei Google-KI lesen, wenn man die Stichworte «Katholik» und «Friedrich Merz» eingibt.

Merz war im Mai 2025, wenige Tage nach seiner Wahl zum Bundeskanzler, auch nach Rom gereist, um an der Amtseinführung des neuen Papstes Leo XIV. teilzunehmen und dort eine Pressekonferenz abzuhalten.<sup>1</sup> Merz sprach damals von einem «erhebenden Augenblick», einem «grossartigen Ereignis». Er wurde gefragt: «Der Papst hat in seiner Rede Wirtschaftssysteme kritisiert, die Ressourcen ausbeuten und arme Menschen an den Rand drängen. Wie kam das bei Ihnen an?» Merz antwortete: «Ich fühle mich mit dem, was wir soziale Marktwirtschaft in Deutschland nennen, damit nur sehr begrenzt angesprochen.» Es ging auch um den Krieg in der Ukraine und dessen Beendigung. Dazu sagte der Bundeskanzler: «Mein fester Eindruck ist, dass sowohl die Europäer als auch die Amerikaner fest entschlossen sind, zusammen, aber jetzt auch zielorientiert, dafür zu sorgen, dass dieser schreckliche Krieg bald aufhört.»

Der Begründer der Individualpsychologie Alfred Adler befand, dass Menschen vieles sagen, um einen bestimmten Eindruck zu erwecken. Wahre Absichten und der Charakter offenbaren sich jedoch in den Handlungen.

In der Tat. Schaut man bei Friedrich Merz auf die Handlungen, so zeigt sich etwas ganz anderes als bei der KI-Auskunft und in den zitierten Worten des Bundeskanzlers.

Die derzeitige deutsche Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Frage, wie sozial die deutsche Marktwirtschaft noch ist, sollen an dieser Stelle ausgespart bleiben. Sie sind einer gesonderten Betrachtung wert. Hier soll es um die Kriegspolitik der deutschen Regierung gehen – und lediglich auf den Zusammenhang mit dem Alltag der Menschen in Deutschland hingewiesen werden: *dass es die Bürger sind, insbesondere die ärmsten unter ihnen, die den hohen Preis für die deutsche Kriegspolitik zahlen.*

Es ist kein Geheimnis, dass Deutschland unter der Regierung von Friedrich Merz massiv aufrüstet: Die Bundeswehr soll bis 2039 die *stärkste konventionelle Armee in Europa* werden. Dafür hat Friedrich Merz, noch bevor er Kanzler wurde, die deutsche Schuldenbremse ausser Kraft setzen lassen und will in den kommenden 10 Jahren mehr als 500 Milliarden Euro Extra-Schulden machen. Das ganze Land wird auf «Kriegstüchtigkeit» getrimmt. Auch der «Feind», gegen den sich diese Kriegspolitik richtet, wird offen genannt: Es ist Russland. Deshalb soll die Ukraine mit allen Mitteln den Krieg gegen Russland fortsetzen. Diese Ukraine führt seit April 2014 – nach einem auch von der damaligen deutschen Regierung unterstützten verfassungswidrigen und gewaltsamen Regierungswechsel im Februar 2014 – Krieg gegen die eigene russischsprachige Bevölkerung. Sie nennt dies «Anti-Terror-Operation». Auch deshalb sind am 24. Februar 2022 russische Truppen in das Land einmarschiert. Die deutsche Beteiligung an diesem Krieg dient nicht der Sicherheit der Ukrainer und auch nicht der Sicherheit der Deutschen. Sie sind die Leidtragenden des Krieges: die Ukrainer in jeder Hinsicht und unmittelbar, die Deutschen mittelbar über eine Kriegspolitik, die die deutsche Wirtschaft, die deutschen Staatsfinanzen und den deutschen Sozialstaat zerrütet. Für was und für wen auch immer (eben nicht für die Ukrainer und nicht für die Deutschen): Russland soll «ruiniert» werden, eine «strategische Niederlage» erleiden.

Deutschland ist am Krieg gegen Russland schon seit geraumer Zeit direkt beteiligt: mit massiven Waffenlieferungen, mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten, mit militärischer Beratung usw. Und brüstet sich damit, heute an erster Stelle an der Seite der Ukraine zu stehen. Dass Russland hierauf bislang nicht mit militärischer Gewalt reagiert hat, ist keine Garantie dafür, dass dies so bleiben wird. *Deutschland dreht an der Eskalationsspirale! Bis der Krug zerbricht?*

Mit der «Erklärung über eine Strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und der

## Papst Leo XIV. setzt sich ein für Frieden und Gerechtigkeit

km. Papst Leo XIV. hat sich seit seinem Amtsantritt durch sein engagiertes Eintreten für den Frieden in der Welt als wohlthuende Stimme der Vernunft und Menschlichkeit gezeigt. Dabei hat sich der Papst auch nicht gescheut, den politisch Verantwortlichen – mögen sie sich auch noch so mächtig gebärden – entgegenzutreten. Ganz offensiv tut er dies seit Beginn des US-israelischen Angriffskrieges gegen den Iran. Auch während seiner 11tägigen Afrika-Reise vom 13. bis zum 23. April 2026 hat er dies fortgesetzt. So in einer Ansprache vor der christlichen Gemeinschaft Bamenda in Kamerun am 16. April.<sup>1</sup> In dieser Ansprache würdigte der Papst die erfolgreichen Bemühungen des Landes um eine Annäherung der Christen und Muslime und weitete dabei den Blick:

«Jesus sagte uns: Selig sind die Friedensstifter! Wehe jedoch denen, die die Religionen und selbst den Namen Gottes für ihre militärischen, wirtschaftlichen oder politischen Zwecke verbiegen und damit das Heilige in Schmutz und Finsternis ziehen. [...]

Die Kriegsherren tun so, als ob sie nicht wüssten, dass ein Augenblick genügt, um zu zerstören, dass aber oft ein ganzes Leben nicht ausreicht, um wiederaufzubauen. Sie tun so, als sähen sie nicht, dass Milliarden von Dollars verbraucht werden, um zu töten und zu verwüsten, dass man jedoch nicht die

Mittel findet, um zu heilen, zu erziehen und wiederaufzurichten. [...]

Der Friede braucht nicht erfunden zu werden. Er muss bloss angenommen werden, indem wir unseren Nächsten als unseren Bruder und als unsere Schwester annehmen. Niemand sucht sich seine Brüder und Schwestern aus – wir brauchen einander nur anzunehmen! Wir sind eine einzige Familie und bewohnen dasselbe Haus, diesen wunderbaren Planeten, um den sich die alten Kulturen über Jahrtausende gekümmert haben.»

Im direkten Bezug zur Plünderung des Landes durch neokolonialistische Staaten sagte der Papst:

«Wer euer Land seiner Ressourcen beraubt, investiert in der Regel einen Grossteil der Gewinne in Waffen, in eine Spirale der Destabilisierung und endlosen Sterbens. Es ist eine verkehrte Welt, ein Zerrbild der Schöpfung Gottes. Jeder aufrichtige Mensch muss dies anprangern und ablehnen und jene Kehrtwende [...] vollziehen, die in die entgegengesetzte Richtung führt, auf den tragfähigen und zielführenden Weg der menschlichen Geschwisterlichkeit. Die Welt wird von wenigen Herrschenden zerstört und von Myriaden solidarischer Brüder und Schwestern aufrecht-erhalten!»

<sup>1</sup> <https://www.vatican.va/content/leo-xiv/de/speeches/2026/april/documents/20260416-camerun-incontro-pace.html>

Ukraine)<sup>2</sup> vom 14. April 2026 hat die deutsche Kriegsbeitragsleistung eine neue Dimension erreicht. Von besonderem Interesse sind die Vereinbarungen unter der Überschrift «Sicherheit» und die «Durchführungsvereinbarung über die gemeinsame Fertigung von Langstrecken-Kampfdrohnen vom Typ *Anubis* und Mittelstrecken-Kampfdrohnen vom Typ *Seth-X*». Gemeinsam an ukrainischen und deutschen Standorten sollen solche Drohnen für den Krieg gegen Russland gebaut werden, die auch Ziele *weit im russischen Hinterland* treffen sollen.

In den vergangenen zwei Wochen hat es viele Stellungnahmen hierzu gegeben – vor allem in unabhängigen Medien. Deutlich im Urteil war der Beitrag der ehemaligen Bundestagsabgeordneten *Sevim Dagdelen*.<sup>3</sup> Wir beschränken uns auf den Auszug aus einem Artikel, den *Thomas Röper* – von der EU sanktioniert – auf seiner Internetseite *Anti-Spiegel* am 16. April veröffentlicht hat.<sup>4</sup>

«Am Mittwoch [15. April] ist etwas passiert, was es bisher noch nicht gab. Das russische Verteidigungsministerium hat eine Erklärung herausgegeben, in der es warnt, diese Standorte [der gemeinsamen Drohnenproduktion] anzugreifen. Es warnt die Bevölkerung der betroffenen europäischen Länder

ziemlich deutlich davor, sich in der Nähe dieser Standorte aufzuhalten.

Es gab in der Vergangenheit schon oft russische Warnungen wegen der offenen Kriegsbeitragsleistung europäischer Länder. Man könnte diese russische Warnung also leicht abtun und sagen, dass Russland wieder nur blufft. Aber diese russische Warnung unterscheidet sich in einem Punkt deutlich von allem, was es bisher gab.

Ab 2022 war ich bekanntlich im Donbass auf einigen Priesstouren für ausländische Journalisten, die das russische Verteidigungsministerium organisiert hat. Für jede Veranstaltung dieser Art wurde ein *Telegram*-Chat für die Teilnehmer eingerichtet, in dem die organisatorischen Fragen besprochen wurden. Dabei ging es beispielsweise um Details der Anreise, wann und wo welcher Bus bereitstand, und so weiter. Nach Ende der Veranstaltung «starben» diese Chats, und dort wurde nichts mehr veröffentlicht. [...]

Am Mittwoch sind alle diese Chats «wieder zum Leben erwacht». Das russische Verteidigungsministerium hat seine Warnung in alle Chats gepostet, es hat also offenbar ein grosses Interesse daran, dass seine aktuelle Erklärung bekannt wird, und zwar gerade für

ausländische Journalisten und damit für das ausländische Publikum. Ich veröffentliche die Erklärung daher hier im Wortlaut zur Information:

«Laut vorliegenden Informationen haben die Regierungen mehrerer europäischer Länder am 26. März 2026 angesichts steigender Verluste und eines sich verschärfenden Personal Mangels in den ukrainischen Streitkräften beschlossen, die Produktion und Lieferung von Drohnen für Angriffe auf russisches Territorium in der Ukraine zu erhöhen. Es ist eine signifikante Steigerung der Drohnenproduktion für das Kiewer Regime durch erhöhte Finanzmittel für «ukrainische» und «gemeinsame» Unternehmen in europäischen Ländern geplant, die Kampfdrohnen und deren Komponenten herstellen. Wir betrachten diese Entscheidung als einen bewussten Schritt, der zu einer drastischen Eskalation der militärpolitischen Lage in ganz Europa und zur schlechten Umwandlung dieser Länder in das strategische Hinterland der Ukraine führt. Die Umsetzung der von Vertretern des Kiewer Regimes angekündigten Szenarien von Terroranschlägen gegen Russland unter Einsatz angeblich «ukrainischer» Drohnen aus europäischer Produktion führt zu unvorhersehbaren Konsequenzen. Anstatt die Sicherheit der europäischen Staaten zu stärken, ziehen die Handlungen der europäischen Regierungen diese Länder zunehmend in den Krieg mit Russland hinein. Die europäische Öffentlichkeit sollte nicht nur die wahren Ursachen der Bedrohungen ihrer Sicherheit klar verstehen, sondern auch die Adressen und Standorte von «ukrainischen» und «gemeinsamen» Unternehmen kennen, die in ihren Ländern Drohnen und deren Komponenten für die Ukraine herstellen.

Danach folgt eine Liste mit 21 Standorten, an denen in vor allem europäischen Ländern Drohnen oder deren Komponenten für die Ukraine gefertigt werden. In der Liste [...] werden auch drei in Deutschland ansässige Unternehmen genannt: In München sind das die *DaVinci Avia GmbH*, ein Hersteller von Drohnen, und das ukrainische Unternehmen *Airlogix*, das zusammen mit dem deutsch-amerikanischen Softwarehersteller *Auterion* ebenfalls Drohnen produziert. Das dritte Unternehmen ist laut der Erklärung die Firma *3W Professional* aus dem hessischen Hanau.»

Ein deutsches Einlenken ist jedoch nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Am 20. April postete das deutsche Auswärtige Amt auf X: «Unsere Antwort ist klar: Wir lassen uns nicht einschüchtern. Solche Drohungen und alle Arten von Spionageaktivitäten in Deutschland sind vollkommen inakzeptabel. Dazu wurde heute der russische Botschafter einbestellt.» Wir wissen nicht, wie das Gespräch im Auswärtigen Amt verlaufen ist. Wir wissen aber, was der russische Aussenminister *Sergej Lawrow* wenige Tage zuvor bei einer internationalen Konferenz im türkischen Antalya sagte: «Unsere nationale Eigenschaft ist die Geduld. [...] Aber irgendwann ist die Geduld erschöpft.»

PS Am 16. April berichtete die «Berliner Zeitung»: «Bundeskanzler Friedrich Merz ist laut einer internationalen Umfrage der unbeliebteste Regierungschef unter führenden Demokratien. Wie das US-Meinungsforschungsinstitut *Morning Consult* ermittelte, sind nur 19 Prozent der Befragten in Deutschland mit seiner Arbeit zufrieden. Gleichzeitig liegt die Ablehnung bei 76 Prozent – der höchste Wert unter den 24 untersuchten Staats- und Regierungschefs.» Wer und was geben Friedrich Merz das Recht, Deutschland in so grosse Gefahr zu bringen? •

## Der Ukrainekrieg beschert der deutschen Rüstungsindustrie goldene Zeiten.

Das zeigt sich auch auf der Hannover Messe.

### Hoffnung: Vom Erfolg der Rüstungsindustrie wollen auch andere

profitieren: Der Maschinenbau hat in den vergangenen Jahren deutlich an Produktionsvolumen und Umsatz verloren und hofft auf nationale und internationale Aufträge aus Rüstungsunternehmen. „Eine Verdoppelung des Umsatzes im Defense-Bereich in den nächsten drei bis fünf Jahren ist für unsere Branche realistisch“, sagte Bertram Kawlath, Präsident des Maschinenbauerbandes VDMA, der F.A.Z.

**Messe:** Die wachsende Bedeutung der Rüstungsindustrie zeigt sich auch auf der Hannover Messe, die heute beginnt: Rund 40 Unternehmen zeigen dort Lösungen für den schnellen Aufbau der Produktion von Rüstungsgütern. Als Gäste erwartet werden unter anderen Rheinmetall-Chef Armin Papperger sowie Michael Schöllhorn von Airbus Defence and Space. Der Bereich Rüstung ist zum ersten Mal als Themenschwerpunkt bei der wichtigen Industriemesse vertreten.

«Merchants of Death». Geschäfte machen mit dem Krieg. Die deutsche Rüstungsindustrie boomt. (Screenshot Newsletter der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 20. April 2026)

<sup>1</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/merz-amtseinfuehrung-papst-2348326> vom 18.5.2025

<sup>2</sup> <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/9-74430/2420616/2810b1a2113c7d4687e75b472513-97bc/2026-04-14-erklaerung-deutsch-ukrainische-regierungskonsultationen-deutsch-data.pdf?download=1> vom 14.4.2026

<sup>3</sup> <https://www.nachdenkseiten.de/?p=149141> vom 16.4.2026

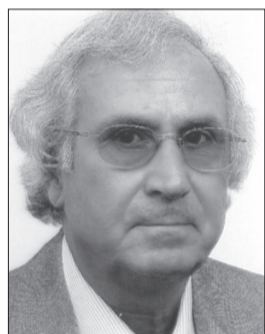
<sup>4</sup> <https://anti-spiegel.ru/2026/russland-warnt-firmen-zur-gemeinsamen-drohnenproduktion-in-deutschland-sind-legitime-ziele/> vom 16.4.2026

Wie alles begann (Teil 1)

## Unter dem Schwert des «Washington Consens» Die Transformationsstrategie des Westens für den Osten

von Arne C. Seifert\*

35 Jahre nach dem Ende des Warschauer Paktes und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) stellt sich immer mehr heraus, dass die westlichen Entscheidungen und Sprachregelungen nach dem Ende des Kalten Krieges einer gründlichen Überprüfung und Diskussion bedürfen. Dabei ist es ratsam, auch diejenigen zu Wort kommen zu lassen, die Zeitzeugen waren und sind und im gewissen Sinn auch «Opfer» der hochproblemativen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen seit 1990. Ein sehr kompetenter Zeitzeuge ist der ehemalige Botschafter der DDR Arne C. Seifert, der seit vielen Jahren wertvolle Beiträge zu dieser notwendigen Diskussion leistet. Dem hier veröffentlichten ersten Teil werden in den kommenden Ausgaben von Zeit-Fragen zwei weitere Teile zu den transatlantischen Strategien der Machtausdehnung und des Machterhalts sowie deren Alternativen folgen: Teil 2 zur Nato-Ost-Erweiterung und zum KSZE-Prozess, Teil 3 zum «kalten Wertekrieg».



Arne Seifert (Bild zvg)

Der Westen und, hochengagiert, die deutsche Bundesregierung, stiessen nach dem Ende des Kalten Krieges 1990 sofort in die geopolitischen Räume des gescheiterten sowjetischen Machtbereichs vor. Sie entwickelten – beschönigend als

Transformationsstrategien bezeichnete – Schockstrategien mit einem umfassenden Anspruch: alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Systeme dieses Raums zu umfassen und gleichzeitig ins westliche neoliberale Marktmodell zu überführen. Die im Rahmen des «Washington Consens» entworfene Leitdoktrin für wirtschafts- und gesellschaftspolitische Transformation des früheren sozialistischen Raums führte dessen Staaten sowie Wirtschaften in Erdbeben, deren Verwerfungen bis in die Gegenwart nachwirken.

Auch die wissenschaftliche Politikberatung aus deutscher Feder beförderte die Universalität und Radikalität westlicher politischer und sozialer Transformationsansprüche. Sie empfahl «Gleichzeitigkeit» bei der Einrichtung «einer neuen Wirtschaftsordnung, einer neuen Rechts- und Verfassungsordnung und neuer Regeln sozialer Integration, also Regeln sozialer Anerkennung und Zugehörigkeit im Grossmasstab ganzer Gesellschaften in Geltung zu setzen».<sup>1</sup> Sie empfahl «Komplexität der Veränderungen als simultane, zeitlich äusserst geraffte und konfliktreiche Umgestaltung von nationaler Substanz innerer Verhältnisse (Wirtschaft, Ge-

sellschaft und Politik) sowie internationaler Einordnung».<sup>2</sup> Die Position, der Westen habe die Transformationsprozesse im postsowjetischen Raum von aussen zu steuern, äusserte sich beispielsweise im Postulat, «die einzige Bedingung, unter der Marktwirtschaft und Demokratie gleichzeitig implantiert werden und gedeihen können, ist die, dass beide einer Gesellschaft von aussen aufgezwungen und durch internationale Abhängigkeitsverhältnisse für längere Fristen garantiert werden».<sup>3</sup>

### «Transformation» als Schocktherapie

Eine generelle Transformation des Systems der «postsozialistischen» Staaten und deren Bevölkerungen war von vornherein als «Schocktherapie» geplant und nicht als Umgestaltung in «blühende Landschaften» – so noch Bundeskanzler Helmut Kohl.

«Schocktherapie» war der Arbeitsbegriff eines «Consens», der «Übereinstimmung zwischen der 15<sup>th</sup> Street und der 19<sup>th</sup> Street in Washington, dem US-Finanzministerium, dem IWF und der Weltbank, einflussreichen Think tanks, einer prominenten Mehrheit von Akademikern, Medienvertretern und vor allem Kapitalinteressen reflektierte».<sup>4</sup>

«Der Westen sitzt weiterhin unreflektiert eigenen Fehlkalkulationen auf. [...] Das Vorgehen des Westens gründete auf der Annahme, ein einmal vom Westen installiertes marktliberales System öffne Russland, den postsowjetischen Raum bis nach Zentralasien und die osteuropäischen Staaten auch für dessen institutionelle und normative Regelsysteme. «Der Zusammenbruch der Sowjetunion [hat] im Westen einen fatalen Triumphalismus ausgelöst. Das Gefühl, weltgeschichtlich Recht bekommen zu haben, übt eine verführerische Wirkung aus.»»

Die kanadische Autorin Naomi Klein verdeutlichte in ihrem Werk «Die Schocktherapie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus»<sup>5</sup>, dass die neuen weltwirtschaftlichen Dimensionen, die daraus erwachsen, «mit dem Ende des Sowjetreichs der Markt jetzt das globale Monopol hatte».<sup>6</sup> Klein schrieb: 1993 diskutierten «genügend Finanzminister und Finanzbankchefs, um einen grösseren Wirtschaftsgipfel abhalten zu können, frank und frei die Überlegung, [in den Transformationsländern] aktiv eine ernste Krise herbeizuführen, um die Schocktherapie durchdrücken zu können». Eines der Argumente lautete, «nur Länder, die wirklich leiden, die geschockt sind, unterwerfen sich der Schocktherapie».<sup>7</sup>

Joseph Stiglitz, Nobelpreis für Wirtschaft, ab 1993 Mitglied des Sachverständigenrats bei US-Präsident Clinton, Chefvolkswirt und Senior Vizepräsident der Weltbank mit Zugang zu Politik und Praxis des Internationalen Währungsfonds (IWF), hielt in seinem Werk «Die Schatten der Globalisierung» fest: «Die «Schocktherapie» war als «Stabilisierungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungsprogramm natürlich kein Wachstumsprogramm. [...] Es schuf die Voraussetzungen für den Niedergang».<sup>8</sup> Seine Frage «Wer hat Russland zu Grunde gerichtet?» beantwortet Stiglitz mit eindeutiger Zuweisung der Verantwortung: «Die wirtschaftspolitischen Leitlinien des «Washington Consens» bewirkten eine falsch umgesetzte Privatisierung, die nicht zu Effizienz- und Wachstumsschüben, sondern zu zerschlagenen Betrieben und einem Produktionsrückgang führte.» (ebenda, S. 108) «Am wichtigsten war dem IWF die Zahl der Firmen, die, ganz gleich auf welche Weise, in den privaten Sektor überführt wurden. Fast alles andere war sekundär.» (ebenda, S. 209; Hervorhebung A.S.). «Russland wurde schnell von einem industriellen Giganten zu einem Rohstoffexporteur» (ebenda, S. 104). «Die vom Westen angeordnete Hast erlaubte es», so Stiglitz, «einer Elite unter Führung internationaler Bürokraten [...], einer widersprechenden Bevölkerung rasche Veränderungen aufzuzwingen.»

«Das Ergebnis war eine Marktwirtschaft, in der viele ehemalige Partei-Apparatschiks einfach mit erweiterten Vollmachten zur Leitung und Ausschachtung von Betrieben ausgestattet wurden, die sie schon in der kommunistischen Ära geleitet hatten, und in der frühere KGB-Offiziere noch immer die Hebel der Macht in der Hand hielten. Es gab eine neue Dimension: Ein paar neue Herrscher übten enorme politische und ökonomische Macht aus.» «Es gab eine «neue» postkommunistische Revolution in Russland.» (ebenda, S. 210)

Was diese betrifft, so schildert Stiglitz, dass «der Eile des IWF nicht weniger politische Motive zu Grunde lagen». Die «mächtige Klasse an Oligarchen» (ebenda, S. 109), welche die Regierung schuf, sollte «Jelzins Wiederwahl sichern». «Das «loans for share» [Darlehen für Aktienkäufe-] Programm (des IWF) stellte die letzte Phase der Bereicherung der Oligarchen dar, [...] die schliesslich auch das politische Leben beherrschten.» «Die hochrangigen amerikanischen und IWF-Bediensteten [...] konzentrierten sich darauf, ihre Freunde Boris Jelzin und die sogenannten «Reformer» an der Macht zu halten.» (ebenda, S. 222)

### Privatisierung der DDR-Wirtschaft als «Schocktherapie»

Die Geschichte der Jahre nach 1990 hat gezeigt, dass auch die schockartige Einführung der neoliberalen Marktwirtschaft in der DDR durch die Bundesregierung im Rahmen einer «Schocktherapie» nicht die den Bürgern der DDR und der neuen Bundesländer versprochenen unmittelbaren positiven wirtschaftlichen Folgen erfüllte.

Das Gegenteil trat ein: Die Folgen der von der Bundesregierung umgesetzten «Transformation» der DDR-Wirtschaft durch eine mit dem Namen «Treuhänd» vernebelte Behörde verlief in einem nicht weniger «schockartigen» Tempo wie jene des russischen Beispiels.

Gleiches gilt für die daraus resultierende «Schock-Privatisierung» von fast 11 000 ostdeutschen Unternehmen und Betriebsteilen für den Zeitraum von Juli 1990 bis Dezember 1992. «Im Zuge der Privatisierung gingen rund 68% der Arbeitsplätze verloren: Von den 4,1 Millionen Arbeitsplätzen im «Treuhändimperium» Mitte 1990 existierten Ende 1992 nicht mehr als rund 1,3 Millionen Arbeitsplätze in den privatisierten und noch in «Treuhänd» befindlichen Unternehmen. Die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands sank zwischen 1989 und Ende 1992 von über 3,2 Millionen auf rund 750 000.»<sup>9</sup>

### Fehlkalkulation

Der «Washington Consens» für die systemische Transformation von ehemals sozialistischen in marktwirtschaftliche, neoliberale Gesellschaftsordnungen vermittelte einer öko-gesellschaftlichen Schocktherapie erweist sich heute als gravierende Fehlkalkulation. Die Rechnung «Loans for Share», «Darlehen für Aktienkäufe» = politischer Gewinn (in diesem Fall Jelzins Installation) ging hinsichtlich globaler Vorherrschaft des Westens nicht auf. Der «Consens» generierte statt dessen ein postkommunistisches Verständnis von Machtbehauptung unter den Bedingungen des Übergangs zur Marktwirtschaft, in dem die möglichst schnelle und unumkehrbare Überführung von politischer

Macht in Eigentum als Schlüsselfrage galt. Folgerichtig wurde auch politische Macht als eine Art Eigentum aufgefasst. Daraus entstand ein spezifischer Typus «clan-bürokratischer» Kapitalisten und politischer Machteliten sowie eine Art von Kapitalismus, die zentralen Zielabsichten des Westens heute im Wege stehen – wie immer auch die Zielabsichten des Westens zu beurteilen sind.

### Summa summarum

Der Westen sitzt weiterhin unreflektiert eigenen Fehlkalkulationen auf. Nach 1990 stiess er sofort in die geopolitischen Räume gescheiterter sowjetischer Vorherrschaft vor. Das Vorgehen des Westens gründete auf der Annahme, ein einmal vom Westen installiertes marktliberales System öffne Russland, den postsowjetischen Raum bis nach Zentralasien<sup>10</sup> und die osteuropäischen Staaten auch für dessen institutionelle und normative Regelsysteme. «Der Zusammenbruch der Sowjetunion [hat] im Westen einen fatalen Triumphalismus ausgelöst. Das Gefühl, weltgeschichtlich Recht bekommen zu haben, übt eine verführerische Wirkung aus.»<sup>11</sup>

Die Erwartungen des Westens erwiesen sich jedoch als naiv, und man tat so, als wenn alles allein vom Willen der Akteure bestimmt sei. Bereits zu dieser Zeit war hinreichend ersichtlich und bekannt, dass auf den Weltmärkten ökonomisch und politisch unterschiedlich strukturierte nationale bzw. regionale Ökonomien aufeinandertrafen. Hinzu kam die zunehmende Dominanz von aussen, jenseits der Grenzen der Volkswirtschaft. Das betrifft insbesondere die Regelung der Kapitalflüsse durch international agierende Kapitalmächte, die nicht mehr volkswirtschaftlich- und gemeinwohlorientiert sind, sondern die Interessen und die Ideologie einer internationalistischen westlichen Finanzwelt vertreten.

Diese, so Stiglitz, unterhöhlten den «Leim», der die Gesellschaft zusammenhält, «Sozialkapital». Mit «Unterhöhlen» meint Stiglitz vor allem «Privatisierung» sowie die «Art und Weise», wie «in Russland und vielen der ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion» der marktwirtschaftliche Systemwechsel unter dem Druck von «Schocktherapie» umgesetzt wurde: «Der Gesellschaftsvertrag zwischen den Bürgern und der Regierung wurde gebrochen, die Belange wie Armut, Ungleichheit und Sozialkapital aus dem Blick verloren».<sup>12</sup>

\* Dr. Dr. h.c. Arne Clemens Seifert, (geboren 1937 in Berlin), Botschafter a.D., Senior Research Fellow WeltTrends-Institut für Internationale Politik, Potsdam. Studium am Institut für Internationale Beziehungen, Moskau, Spezialisierung für Türkei, Iran, Afghanistan, Diplom 1963. Promotion am Institut für Internationale Arbeiterbewegung, Berlin, 1977. Dr. h.c. am Orient-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften 2017. Funktionen im Ausserministerium der DDR 1964–1990: Bereich arabische Staaten, vor Ort tätig in Ägypten, Jordanien; Sektorleiter Irak, Iran, Afghanistan; Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stellvertretenden Ministers für Asien, Afrika; Botschafter in Kuwait 1982–1987; Abteilungsleiter 1987–1990. Nach 1990: OSZE-Mission in Tadschikistan; Zentralasienberater am Zentrum für OSZE-Forschung (CORE), Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg mit Schwerpunkt OSZE- und Zentralasienforschung – zivile Konfliktprävention, Transformation, politischer Islam, säkular-islamisches Verhältnis, politische Prozesse. Jüngere Publikationen u. a.: *Dialog und Transformation – 25 Jahre OSZE- und Zentralasienforschung*, Nomos; *Islamischer Aufbruch in Zentralasien – Spezifika religiöser Radikalisierungsprävention*, OSZE-Jahrbuch Bd. 24, 2018; *Friedliche Koexistenz in unserer Zeit – Der neue Kalte Krieg und die Friedensfrage*, WeltTrends 2021; *Regelbasierte internationale Ordnung» versus post-koloniale Emanzipation – Grenzen und Sackgassen eines globalen Hegemonieprojekts*, WeltTrends 2022

<sup>1</sup> Offe, Claus. *Der Tunnel am Ende des Lichts, Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*. Campus Verlag, Frankfurt/Main, New York, 1994, S. 19

<sup>2</sup> Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg). *Der Osten Europas im Prozess der Differenzierung*. Carl Hanser Verlag München Wien, 1997, S. 13

<sup>3</sup> Offe, Claus. *Der Tunnel am Ende des Lichts, Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*. Campus Verlag, Frankfurt/Main, New York, 1994, S. 65

<sup>4</sup> Marangos, John. *Was Shock Therapy Consistent with the Washington Consensus?*, Department of Economics, Colorado State University, Comparative Economic Studies, 2007, 49, (32–58); <https://www.researchgate.net/publication/5219030>; Naomi Klein. *Die Schocktherapie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*. Frankfurt/M 2007

<sup>5</sup> Klein, Naomi. *Die Schocktherapie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*. Frankfurt/M 2007

<sup>6</sup> Stiglitz, Joseph. *Die Schatten der Globalisierung*. Goldmann, 2004

<sup>7</sup> Klein, Naomi. *Die Schocktherapie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*. Frankfurt/M 2007, S. 335

<sup>8</sup> Stiglitz, Joseph. *Die Schatten der Globalisierung*. Goldmann, 2004, S. 193

<sup>9</sup> Roesler, Jörg. *War der Ansatz der Treuhänd eine Alternative?* Helle Panke, Berlin 2019

<sup>10</sup> Die VR China lehnte jegliche Angebote für «Transformationshilfe» aus dem Westen ab.

<sup>11</sup> Habermas, Jürgen. *Zur Verfassung Europas*. Suhrkamp Berlin, 2011, S. 103

<sup>12</sup> Stiglitz, Joseph. *Die Schatten der Globalisierung*. Goldmann, 2004, S. 217f.

# Menschlichkeit – eine innerlich gewachsene Haltung

von Dr. Eliane Perret, Heilpädagogin und Psychologin

Angesichts des Weltgeschehens heute ist dringend eine breite, ethisch begründete Gegenbewegung nötig – eine humanitäre Bildungsaufgabe. Wer die Nachrichten verfolgt, kann nur mit Empörung und Entsetzen auf das schauen, was ihm begegnet. Völkerrechtliche Verträge, das Humanitäre Völkerrecht und die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* sind Makulatur geworden. Verträge und Abkommen, mit denen die Menschheit auslöschende Waffen ächtet und deren Abrüstung regelt, wurden einseitig durch eine «regelbasierte Ordnung» ausgetauscht. Kriegspropaganda ersetzt Information und verwirrt die Menschen. *Mirjana Spoljaric*, die Präsidentin des *Internationalen Komitees vom Roten Kreuz* IKRK, entgegnete zu Recht auf die Frage eines Journalisten «Sie sagen, wir befinden uns in einem Weltkrieg?»: «Darüber wird die Geschichte richten.» Und weiter meinte sie: «Als die Kriegsparteien 1939 in den Weltkrieg eintraten, sprach auch noch niemand vom Zweiten Weltkrieg. Das Ausmass der Rücksichtslosigkeit und der enthemmten Gewalt ist aktuell nicht weniger verheerend als vieles, was in den Weltkriegern geschah.»<sup>1</sup>

Damals – nach den Millionen von Toten, den Zerstörungen, der Verzweiflung und der grossen menschlichen Not, die dieser Krieg mit sich gebracht hatte, wurden auch im Rahmen der Uno Verträge geschlossen, um einen Schutzwall gegen neue Kriege aufzurichten. So beauftragte die Generalversammlung der Uno 1946 die neu gegründete Menschenrechtskommission mit der Ausarbeitung eines universellen Dokuments, das dazu beitragen sollte, die Welt künftig vor Greueln der Kriege und Barbarei zu verschonen. Es sollte einen verbindlichen Rahmen zum Schutz der Menschenwürde bieten. Zu dessen Ausarbeitung wurden Vertreter aus der ganzen Welt in die Kommission berufen, denn ihre unverzichtbaren unterschiedlichen Rechtstraditionen, Philosophien und Kulturen sollten sich im Dokument abbilden. Nach zweijährigem Diskussionsprozess konnte in Paris am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* (AEMR) verabschiedet werden. Eine Hoffnung für eine friedlichere Welt!

## Eine gemeinsame Ethik als Grundlage

Damit war auch eine Bildungs- und Erziehungsaufgabe gestellt: Die heranwachsende Generation sollte im Geist des Friedens heranwachsen und gebildet werden. Erstmals in der Geschichte wurden alle Menschen und Völker auf eine gemeinsame Ethik verpflichtet – eine Grundlage für eine Welt der Gleichberechtigung und für das Zusammenleben in gegenseitiger Achtung. Gerade in der heutigen Zeit, in welcher der Respekt vor dem Krieg verlorengegangen zu sein scheint, sollten wir uns in den Schulen auf der ganzen Welt dieser Aufgabe mit grosser Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit widmen. Der heranwachsenden Generation muss der Inhalt dieses Dokuments in seiner wahren Bedeutung vermittelt werden. Es ist ergänzend zum Humanitären Völkerrecht eine wichtige innere Orientierung zur Beurteilung aktuellen Weltgeschehens.

Dabei darf es nicht nur um die Vermittlung von Wissen gehen, das als schnell abzuhakendes Faktenwissen «erledigt» werden soll. Unsere Heranwachsenden sind Träger des künftigen menschlichen Zusammenlebens. Deshalb muss die in den Dokumenten verankerte humanitäre Gesinnung in unserem Denken, Fühlen und Handeln wieder einen wichtigen Platz einnehmen.

Eine Klassengemeinschaft ist in Ergänzung zur Familie der geeignete Ort, diese ehrenvolle Aufgabe zu übernehmen. Dort kommen Kinder aus allen Bevölkerungsschichten zusammen und können angeleitet werden, ihr Zusammenlernen und Zusammenleben im Sinn und Geist der Menschlichkeit zu gestalten. Die Schulklasse wird so zum idealen Ort, um den Mitmenschen – unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Religion und sozialer und kultureller Herkunft – gleichwertig zu begegnen. Die jungen Menschen können dort lernen, in Achtung vor der Würde anderer zu leben, sich in Toleranz zu üben, Konflikte friedlich lösen zu lernen, Verantwort-

ung für sich und die Mitschüler zu übernehmen und Respekt vor der eigenen Kultur und anderen Kulturen zu entwickeln. Diese Grundbildung braucht jedes Kind, damit es seinen Platz als souveräner Mitmensch in der Menschheitsfamilie wahrnehmen kann.

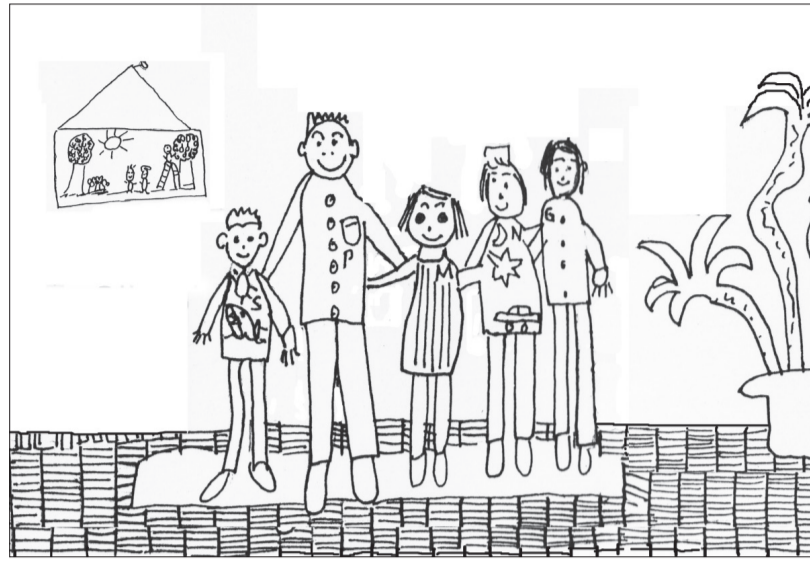
Dieses Erbe vorangegangener Generationen muss wieder neu, bewusst und mit Entschiedenheit zum Inhalt der Volksschule werden. Es gehört zu den Bildungszielen der Gründer unserer Volksschule und ist in vielen Volksschulgesetzen nachzulesen. Damit wollte man die Voraussetzungen für die späteren Mitgestalter einer gelebten Demokratie festschreiben. Heute stellt sich diese Bildungsaufgabe um so mehr, als sich unsere Schule stark von diesen Zielsetzungen abgewendet hat. In den letzten Jahren wurde sie zusehends mehr zu einer Institution, die das «Humankapital» geeigneter «Kunden» zum Inhalt hat und so das Elitedenken statt gegenseitiger Solidarität fördert. Doch Kinder und Jugendliche sind in ihrem Wesen nicht so, auch wenn man in den letzten Jahren zunehmend versuchte, sie zu Objekten einer verdummenden Kommerzialisierung zu machen. Sie sind ansprechbar und innerlich bereit für den Gedanken der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung – weil es dem Wesen des Menschen entspricht.

## Eine kleine gemeinsame Welt

Ein Beispiel aus einer Schulklasse mit elfjährigen Kindern soll das deutlich machen. Unter der Anleitung ihrer Lehrerin fassten sie sich mit der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*. Sie heissen *Anna, Rachel, Jasmin, Liam, Afeni, Marco, Arjun, Isabella* und *Sajeel*, um nur einige von ihnen zu nennen.<sup>2</sup> Eine bunte Schar von Kindern mit unterschiedlichen familiären Hintergründen. Sie kommen aus verschiedenen Ländern und gehören unterschiedlichen Religionen an. Einige von ihnen sind mit ihren Familien aus ihren Heimatländern geflohen und haben Belastendes und Bedrückendes erlebt.

Andere sind sehr behütet in unserem Land aufgewachsen.

Nun sitzen sie zusammen in einem Schulzimmer, in einer kleinen gemeinsamen Welt. Das gibt ihnen die Möglichkeit, sich kennenzulernen. Zum Projekt der Lehrerin gehört es, dass sie einander von ihrem Land erzählen. Zum Beispiel, was sie dort so sehr geschätzt haben und heute vermissen, aber auch, was ihnen in ihrer neuen Heimat gefällt. So unterschiedlich und doch so gleich! Für die Lehrerin wird deutlich, dass sie mit dem Thema der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* auf offene Ohren stossen wird. Selbstverständlich sind die Formulierungen und der Wortschatz des Dokumentes nicht einfach, das ist ihr klar. Doch als erfahrene Lehrperson weiss sie, wie sie den Kindern die Entstehung, die geschichtlichen Zusammenhänge und den Inhalt des Dokumentes in altersgemässer Form näherbringen kann. Dazu gehörte der geschichtliche Entstehungsrahmen der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* und deren Bedeutung für eine gemeinsame, friedliche Welt. Aus den Artikeln wählte sie diejenigen aus, die ihr zur aktuellen Lebenswelt der Kinder als passend erschienen, und veranschaulichte sie auch durch passende Lesetexte. Den Kindern fiel es nicht schwer, sich bildnerisch, aber auch mit einem kleinen Text eingehender mit einem der Artikel zu befassen. Manchmal baten sie die Lehrerin, ihnen beim Formulieren der Sätze zur Seite zu stehen. Daraus wollten sie ein kleines Buch mit den Beiträgen aller Schüler und Schülerin-



Artikel 16: Recht auf Ehe und Familie.



Artikel 18: Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.



Artikel 4: Verbot der Sklaverei.

nen gestalten, das war der gemeinsame, sie begeisternde Plan.

## Arjun, Liam, Rachel und Afeni

Es gäbe viel Eindrückliches aus diesem Unterrichtsprojekt zu berichten, deshalb sollen nun auch einige der Kinder mit ihren Beiträgen zu Wort kommen. Beginnen wir mit Arjun. Er interessiert sich besonders für den Artikel 16, der sich mit dem Recht auf Eheschliessung und Familie befasst. Seine tamilischen Eltern sind als junge Studenten auf kompliziertem Weg aus Sri Lanka in die Schweiz geflohen und haben hier politisches Asyl bekommen. Nur so konnten sie einer Verhaftung durch die Geheimpolizei der Regierung entgehen, wie es mit ihren Verwandten geschehen ist. Arjun weiss um die Geschichte seines Volkes und um die menschenrechtswidrigen Ungerechtigkeiten gegenüber seinem Volk. Das haben ihm seine Eltern erzählt. Er weiss auch, dass seine Mutter oft vom Wind und vom Meer träumt und hofft, eines Tages auf ihre Insel zurückkehren zu können. Die Familie und die tamilische Gemeinschaft sind für alle ein wichtiger Halt. Oft schwärmt Arjun von den vielen Festen und Anlässen, in denen seine Freunde und er zum Singen und Tanzen zusammenkommen und Zugang zu ihren hinduistischen Wurzeln finden. Er weiss deshalb seinen Mitschülern viel zu erzählen und in einem Bild festzuhalten.

Sein Freund Liam hat Artikel 3, das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit ausgewählt und schreibt dazu: «Ich habe dieses

Menschenrecht ausgewählt, weil ich finde, dass alle Menschen in Freiheit leben und nicht unrechtmässigerweise gefangen werden dürfen. Die Polizei muss für Sicherheit sorgen, und die Gesetze sagen, was richtig ist und was falsch.»

In seiner Klasse ist auch Rachel. Ihre Familie ist schon seit Generationen in der Schweiz ansässig und gehört einer jüdischen Gemeinde an. Für Rachel beginnt das Wochenende am Freitagabend, je nach Jahreszeit zu verschiedenen Uhrzeiten. Sie erzählt, wie sie die Zeit des Sabbats und die jüdischen Feste gemeinsam gestalten. Sie hat sich im Lebenskundeunterricht aber auch stets für die unterschiedlichen Hintergründe der Religionen interessiert und befasst sich deshalb mit Artikel 18, der von der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit handelt. Sie schreibt dazu: «Ich habe das Recht auf Glaubens- und Religionsfreiheit gewählt, weil es egal ist, welche Religion ein Mensch hat. Jeder Mensch hofft ja auf Frieden und will keinen Krieg. Jede Religion hat ihre Feste, ihren Glauben und das Gebet für den Frieden. Das Gesetz und ich finden, dass es keinen Krieg geben soll zwischen den Religionen. Es sind ja alles dieselben Menschen.»

Und schliesslich soll noch Afeni zu Wort kommen. Ihr Vater kommt aus Ghana, die Mutter ist Schweizerin. Sie wählt Artikel 4, das Verbot der Leibeigenschaft, der Sklaverei und des Sklavenhandels. Von ihren Eltern hat sie vieles über das Heimatland des Vaters und die Kinder dort gehört. Dass es möglich ist, Menschen wie Ware zu behandeln, beschäftigt sie, und sie schreibt: «Ich habe das Verbot der Sklaverei gewählt, weil ich das eine grosse Ungerechtigkeit finde. Ich habe viele Bilder gesehen und Geschichten gehört. Ich hoffe, dass es bald keinen Sklavenhandel mehr gibt auf der Welt. Ich hoffe, dass es keine Kindersoldaten mehr gibt auf der Welt.»

Andere Kinder befassen sich mit dem Recht auf Bildung, Arbeit, Freizeit. So entstehen Bilder und Texte und Geschichten, die sie der Klasse erzählen und zu einem kleinen Buch zusammenfügen können. Auch für die Lehrerin ist diese persönliche Auswahl der Menschenrechte aufschlussreich. Sie gibt ihr Hinweise auf das Interesse, aber auch mögliche Sorgen von ihnen – Ansatzpunkte für eine weitere Gestaltung des Unterrichts.

## Die Stimme der Menschlichkeit bewahren

Mittlerweile sind Arjun, Liam, Rachel und Afeni und ihre Kameraden junge Erwachsene geworden. Sie stehen heute in einer Welt, in der diese weltweit gültigen Grundlagen des Zusammenlebens kaum mehr in den Lehrplänen zu finden sind und die Entwicklung des Jugendlichen zum mündigen, verantwortungsbewussten, kritisch denkenden und engagierten Mitbürger nicht mehr gewollt ist. Werden sie das zulassen, dem Weltgeschehen unberührt zuzuschauen, oder haben sie das dem Menschen zutiefst innewohnende Gefühl, echt mitmenschlich denken, handeln und fühlen zu wollen, behalten können? Ich würde es ihnen zutrauen und ihnen wünschen, Mensch geblieben zu sein. •

<sup>1</sup> Tuchschnid, Benno. «Befinden wir uns bereits im dritten Weltkrieg? Darüber wird die Geschichte richten.» In: *Sonntagszeitung* vom 29. März 2026, S. 10

<sup>2</sup> Die Namen und die Familiengeschichten dieser Kinder sind aus Datenschutzgründen so geändert worden, dass sich keine Rückschlüsse auf tatsächlich lebende Personen ziehen lassen.

## Tessiner Vereinigung für Neutralität und Arbeit: Nein zur EU – Nein zur Nato

zf. Mit Blick auf die bevorstehende Volksabstimmung über die eidgenössische Volksinitiative «Wahrung der Schweizer Neutralität» hat sich vor zwei Jahren im Tessin ein «pazifistisches und internationalistisches Komitee für die Neutralität» gebildet. Wie die Initianten selbst schreiben, setzt es sich «aus politischen Organisationen, Verbänden, Kollektiven und Aktivisten zusammen, die sich gegen eine Annäherung der Schweiz an die Nato und für Frieden und internationale Solidarität einsetzen».

Das folgende Gründungsdokument gibt Einblick in die Anliegen dieser Vereinigung und macht einmal mehr deutlich, dass die Frage der Neutralität keineswegs parteigebunden und nicht nur ein politisch eher bürgerlich-konservatives Anliegen ist. In allen Landesteilen beginnen sich auch sogenannte eher links orientierte Persönlichkeiten und politische Kreise sehr deutlich für die Neutralität zu positionieren und auf ihre friedenspolitische Bedeutung für die Schweiz, aber auch grundsätzlich zu verweisen. Zugleich betont die Tessiner Vereinigung, dass das ursprüngliche Anliegen sogenannte linker Politik, das Eintreten für die Belange sozial eher schwächerer Bevölkerungskreise, sowohl Distanz zum Diktat der EU als auch der Nato voraussetzt. Ihre Forderungen brechen auch eine Lanze für die direkte Demokratie, das heisst dafür, dass die Menschen eines Gemeinwesens – grundsätzlich – selbst über ihre Angelegenheiten bestimmen können müssen, anstatt sich einem demokratisch nie legitimierten Bürokratie- und Machtapparat unterzuordnen. Vom Kopf auf die Füsse stellt die Vereinigung auch die Behauptung, die Nichteingliederung in die Forderungen und Ansprüche von EU und Nato führe zu Abschottung. Im Gegenteil ist es die Angliederung an einen Machtapparat, die den Spielraum der Gestaltung aussenpolitischer Beziehungen tatsächlich und weit mehr einschränkt.

Mit dem folgenden Text stellt sich diese Vereinigung selbst vor.



### Wer sind wir?

Das internationale Umfeld wird immer angespannter und gefährlicher, und die Schweiz verfolgt leider eine Politik, die immer weniger darauf ausgerichtet ist, Frieden und Dia-

log zu fördern. Anstatt ihre Neutralität zu stärken und neu zu beleben und sich in den Augen der Welt als verlässlicher Partner zu präsentieren, fügt sich unser Land immer mehr den Vorgaben der Nato und der Europäischen Union. Dies mindert seine Glaubwürdigkeit als Vermittler, gefährdet seine eigene nationale Sicherheit und läuft den Interessen seiner Arbeiter zuwider.

Wir wollen einen Verein gründen, der allen offensteht, die – unabhängig von ihrem politischen Hintergrund – die Verteidigung der Schweizer Neutralität und der Arbeit sowie den Verzicht auf jegliche Integration in die EU und die Nato als oberste Prioritäten der politischen Agenda betrachten.

Wir haben unsere Ziele und Grundsätze in einem Gründungsmanifest festgehalten.

### Nein zur Europäischen Union – Ja zur Souveränität

Souveränität ist ein Begriff des gesunden Menschenverstands: Sie bedeutet, demokratisch über das Schicksal der eigenen Gemeinschaft zu bestimmen. Souveränität wird nicht durch eine illusorische autarke Abschottung erreicht, sondern durch die Diversifizierung der eigenen Handelspartner, indem man sich von der derzeitigen Abhängigkeit vom euroatlantischen Raum löst.

Die Europäische Union ist eine nicht reformierbare Institution, die sich in die inneren Angelegenheiten der Nationalstaaten einmischt, indem sie ihnen Sparmassnahmen, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes auferlegt. Darüber hinaus schürt die EU im Dienste der Nato das Feuer des Krieges und verhängt einseitige und selbstzerstörerische Sanktionen, wodurch sie heute die Arbeiter des gesamten Kontinents in die Armut treibt. Nicht nur sind wir der Ansicht, dass die Eidgenossenschaft die «Kohäsionsmilliarde» nicht mehr zahlen sollte, sondern wir fordern auch die Neuverhandlung der bilateralen Abkommen und lehnen den Beitritt der Schweiz zur EU (direkt oder schleichend, aktuell oder zukünftig) kategorisch ab. Dies würde nämlich zu einer Aufgabe der nationalen Souveränität führen, die sich nachteilig auf die Förderung der sozialen Rechte, die zentrale Rolle der nationalen öffentlichen Institutionen und die Unabhängigkeit des Landes auf internationaler Ebene auswirken würde. Auch die Unterzeichnung eines Rahmenabkommens mit Brüssel, das uns dazu zwingen würde, dessen Gesetze passiv zu übernehmen, ist daher abzulehnen. Die Personenfreizügigkeit hat bisher nicht nur zu einer Deregulierung der Arbeitswelt geführt und einen «Krieg der Armen» verschärft, der die Ausbeutung der Arbeiter verstärkt hat, sondern hat auch – durch das Phänomen der «Kleinunternehmer» und der entsandten Arbeiter – einen für die lokalen KMU selbst schädlichen Wettbewerb angeheizt.

### Nein zur Nato – Ja zur Neutralität

Der Krieg ist leider nach Europa zurückgekehrt: Unsere Aufgabe besteht in erster Linie darin, uns nicht hineinziehen zu lassen und die Deeskalation der Konflikte zu unterstützen. Die Zukunft, die wir anstreben, setzt nämlich das Engagement der Schweiz für eine multipolare Welt voraus, die auf Frieden und gegenseitiger Zusammenarbeit zwischen den Nationen basiert.

Unsere guten diplomatischen Dienste anzubieten, um dem wahnsinnigen Wettrüsten, das wir derzeit erleben, ein Ende zu setzen, wird nur möglich sein, wenn wir die vom Establishment in Bern begangenen Fehler korrigieren: Es gilt also, an einer Politik der «Pakt-Ungebundenheit» festzuhalten und in der Neutralität das Grundelement der Ausen- und Verteidigungspolitik unseres Landes zu erkennen. Wir sind uns bewusst, dass die Probleme aus dem Expansionismus der Nato und der fortschreitenden atlantischen Integration sogar des Schweizer Militärs resultieren: Es handelt sich um die Strategie, mit der die USA den europäischen Markt an sich binden und verhindern, dass er sich dem florierenden eurasischen Wirtschaftsraum unter russischer und chinesischer Führung öffnet. In diesem Zusammenhang fordern wir daher auch, dass die Streitkräfte sich strikt an den Grundsatz der Neutralität und Unabhängigkeit halten: keine Auslagerung der Offiziersausbildung in die USA, Überwindung der technologischen Abhängigkeiten durch Diversifizierung der den Truppen zur Verfügung stehenden Waffensysteme und sofortige Rückführung unserer Soldaten, die im Kosovo unter dem Befehl ausländischer Mächte eingesetzt sind. Auch die Schweizer Universitäten sollten sofort die Zusammenarbeit mit dem kooperativen Cyber-Abwehrzentrum der Nato und anderen ähnlichen Institutionen einstellen, die nichts Akademisches an sich haben, sondern im Gegenteil unser Land und seine Forscher in eine kriegstreiberische Dynamik hineinziehen. Bleiben wir dem Motto «Liberi e Svizzeri» («Freie und Schweizer») der ersten Antifaschisten aus dem Tessin treu: Lehnen wir das Klima der Feindseligkeit gegenüber den aufstrebenden Nationen ab und akzeptieren wir auf keinen Fall den (auch indirekten) Export von Kriegsmaterial.

### Nein zu Prekariat und Ungleichheit – Ja zu Arbeit und Service public

Die Verteidigung unserer Souveränität und die Öffnung gegenüber aufstrebenden Märkten ermöglichen es, Reformen im sozialen Bereich umzusetzen und sowohl den verarmten Arbeitern als auch den Handwerkern und Kleinunternehmern, die durch die Konkurrenz des transnationalen Grosskapitals erdrückt werden, eine Atempause zu

verschaffen. Deshalb müssen die Verlagerungen von Unternehmen mit hoher Wertschöpfung, die im nationalen Interesse strategisch wichtig sind, verboten werden, und der *Brain-Drain* muss gestoppt werden, indem in das Recht auf Bildung und Vollbeschäftigung investiert wird. Der Schweizer Markt, der heute teilweise durch eine (oft importierte) Arbeiterschaft ohne soziales Bewusstsein und durch mafiose Einmischungen belastet ist, gegen die die Justiz viel zu wenig Mittel hat, um einzugreifen, kann sich entwickeln, indem er drei Elemente in den Mittelpunkt stellt: die öffentliche Forschung, um die produzierende Industrie zu erneuern; die Arbeit, mit dem Ziel, eine harmonische Entwicklung der Gesellschaft zu erreichen, und den Service public als Schutzwall gegen die Kommerzialisierung, Privatisierungen und Liberalisierungen. Wir sind uns nämlich bewusst, dass sich die Souveränität unseres Landes an der Einheit des Volkes misst, die eine nationale Gemeinschaft mit einem hohen Solidaritätsgefühl schmiedet und fähig ist, Ungleichheiten zu überwinden. Es gilt daher, die Kaufkraft der Arbeiter zu verteidigen und ihre Rechte zu fördern: Nur eine rationale Wirtschaftsplanung wird es dem Land ermöglichen zu wachsen, aber auch den Reichtum gerecht umzuverteilen, und nur mit einer demokratischeren sozioökonomischen Verwaltung, in der nicht die Profiteure multinationalen Konzerne, sondern die Produzenten die Hauptrolle spielen, kann ein geeintes und damit friedliches Land geschaffen werden. In diesem Sinne muss die Prekarisierung eingedämmt werden, die die Gesellschaft zersetzt und den Individualismus schürt. In diesem Sinne kämpfen wir für einen starken Service public, der sich den verhängnisvollen Plänen der Unternehmensprivatisierung und Auslagerung widersetzt, die in den letzten Jahren vorangetrieben wurden. Wir fordern daher die Wiedereinsetzung der ehemaligen Bundesbetriebe: Post, Telekommunikation, öffentlicher Verkehr und die nationale Fluggesellschaft sollen wieder unter die volle Kontrolle des Bundes gestellt werden und einem echten öffentlichen Auftrag gerecht werden. Gleichzeitig bedarf es eines öffentlichen Industriepfandes zur Steigerung der nationalen Stromerzeugung und zur Diversifizierung der Versorgung, um jegliche Energieknappheit zu vermeiden, die vom Establishment instrumentalisiert würde, um den Kauf von Strom aus der EU voranzutreiben und unseren Energiemarkt zu liberalisieren.

(Verabschiedet von der konstituierenden Versammlung am 25. Mai 2024)

Quelle: [https://noue-nonato.ch/wp-content/uploads/2024/09/NoUEnoNATO\\_manifesto\\_DEF.pdf](https://noue-nonato.ch/wp-content/uploads/2024/09/NoUEnoNATO_manifesto_DEF.pdf) (Übersetzung Zeit-Fragen)

## «Balsam für unsere unheilbaren Wunden»

### Ein Brief iranischer Eltern an Papst Leo XIV.

Seine Exzellenz Papst Leo XIV., der verehrte Führer der Katholiken weltweit

Wir schreiben diesen Brief an Sie mit zitternden Händen und einem Herzen voller Schmerz, inmitten der Asche und Ruinen der Schulen der Stadt Minab im Süden des Iran. Wir sind die Väter und Mütter von 168 Kindern, die in diesen Tagen, anstatt die warmen Körper unserer Kinder zu umarmen, ihre verbrannten Schultaschen und blutbefleckten Hefte an unsere Brust drücken; unschuldige Kinder, deren einziges Verbrechen darin bestand, im Klassenzimmer zu lächeln, doch dieses Verbrechen stürzte durch die Anstiftung und Unterstützung unvernünftiger Kriegstreiber auf die Köpfe unserer unschuldigen Kinder herab.

Eure Heiligkeit

In den dunklen Tagen, als der schreckliche Lärm der Explosionen die Ohren der Welt für unser Wehklagen verschlossen hatte, wurde das Echo Eurer friedenssuchenden Worte zu einem Balsam für unsere unheilbaren Wunden. Als Sie die Weltmächte mutig aufforderten, «das Ausmass an Gewalt und Bombardierun-

gen zu verringern», sahen wir in jedem einzelnen Ihrer Worte das Bestreben, unsere Kinder zu retten; jene wehrlosen Menschen, deren Leben Sie zu schützen versuchten, indem Sie die «Notwendigkeit des Schutzes der Zivilbevölkerung und der Achtung des Völkerrechts und der humanitären Gesetze» betonten.

Sie haben mit schmerzdem Herzen und aus göttlicher Perspektive die erwachten Gewissen der Welt gewarnt: «Der Hass nimmt zu, die Gewalt verschärft sich, und viele haben ihr Leben verloren.» Heute sind die leeren Stühle in den Klassenzimmern von Minab ein bitteres Zeugnis für genau diese Wahrheit – eine Wahrheit, die durch die Herstellung amerikanischer Bomben hervorgerufen wurde, die von unvernünftigen Kriegstreibern gesteuert wurden. Wir danken Ihnen, dass Sie inmitten des Kriegstums zur Stimme der Gerechtigkeit geworden sind und alle daran erinnert haben, dass dauerhafter Frieden und Ruhe «nicht durch Gewalt und Waffen, sondern auf dem Weg



Trauer um die getöteten Kinder von Minab. (Bild Morteza Akhondi, CCBY 4.0)

des Dialogs und der aufrichtigen Suche nach einer Lösung für alle» erreicht werden.

Unsere Kinder werden nie wieder nach Hause zurückkehren, um eine bessere Zukunft aufzubauen, doch das Gebet von uns trauernden Vätern und Müttern ist, dass Ihre Botschaft, «die Waffen niederzulegen», Gehör fin-

det. Besonders wenn Amerika und das israelische Regime mit ihren überzogenen Forderungen das Feuer dieser Verbrechen schüren. Wir bitten Sie, weiterhin die Stimme der stimmlosen Kinder zu sein und sich dafür einzusetzen, «alle Wege des Dialogs» wieder zu öffnen, damit keine Waffen mehr gebaut werden und kein Vater und keine Mutter irgendwo auf dieser Erde gezwungen ist, ein nächtliches Wiegenlied über den kalten Grabstein ihres Kindes zu flüstern.

Mit unendlicher Trauer  
und tiefem Respekt

Eine Gruppe von trauernden Vätern  
und Müttern der 168 getöteten Schüler  
aus der Stadt Minab in der  
Provinz Hormozgan – Iran

Quelle: <https://x.com/ChristopherHale/status/2045952686328021069> (Übersetzung Zeit-Fragen)